

22. Januar 2008  
PD 3.4  
Apr 4/4-36 A

**Stenografisches Protokoll**

(Wortprotokoll als Ergänzung der Niederschrift nach § 36 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtags)

der Anhörung  
des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr am 11.01.2008  
von 10:06 Uhr bis 12:59 Uhr im Raum A 600 des Sächsischen Landtags

Protokollgegenstand:

**„Breitbandoffensive Sachsen: Breitbandtechnologien  
demographiegerecht ausbauen – digitale Kluft verringern“**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs 4/8247

Inhalt:

50 Seiten insgesamt (engzeilig)

(Beginn der Anhörung: 10:06 Uhr)

Vors. Horst Rasch: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle recht herzlich zu unserer Anhörung zur Thematik „Breitbandoffensive Sachsen: Breitbandtechnologien demografiegerecht ausbauen – digitale Kluft verringern“. Es handelt sich um einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 4/8247. Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter der Staatsregierung und die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten. Wir wünschen uns alle noch ein gutes, gesundes neues Jahr.

Ich begrüße mit dem gleichen Wunsch vor allem unsere Expertinnen und Experten, die sich heute bereitgefunden haben, uns in diesem Themenkreis ein Stück klüger zu machen. Herr Sven-Gábor Jánoszi hat uns mitgeteilt, dass er etwas später kommt.

Frau Zärtner hat dem Wunsch Rechnung getragen, dass ich gelegentlich für Gerechtigkeit in Sachen Alphabet sorgen möchte, und deshalb die Sitzordnung vom Schluss beginnend getätigt. Also, meine Damen und Herren, werde ich unsere Sachverständigen in entsprechender Reihenfolge aufrufen.

Ich bitte Sie jeweils um Einhaltung der vereinbarten 10 Minuten Redezeit; ich werde mir erlauben, Sie daran zu erinnern, wenn Sie diese Zeit überschreiten sollten. An die Vorträge der Experten schließt sich eine umfangreiche Fragerunde an, in der die Dinge, die Sie nicht unterbringen konnten, noch vertieft zur Sprache kommen können.

Wir sollten in die Vorträge der Experten einsteigen. Ich würde insofern Frau Hiltrud Snelinski herzlich bitten; sie vertritt den Sächsischen Landfrauenverband e. V. und kommt aus Döbeln. Sie haben das Wort, Frau Snelinski.

Hiltrud Snelinski: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Der Sächsische Landfrauenverband begrüßt jede Initiative, die darauf zielt, die digitale Kluft zwischen Anwendern und Nichtanwendern zu verringern. In manchen Gemeinden unseres ländlichen Raumes beklagen sich die Menschen, wenn sie von den Verkehrsadern so abgeschnitten sind, dass sich Handwerker und Dienstleister zurückziehen und Investoren schon beim Blick auf die Landkarte abwinken.

In anderen Gemeinden gibt es Bürgerproteste, wenn Schwerlastzüge durch den Ort fahren. Wenn dann endlich Umgehungsstraßen entstanden sind, müssen Gaststätten und Läden schließen, weil die Kunden fehlen.

Ähnlich ist es mit vielen Infrastruktureinrichtungen. Die Schulen in den Orten sind nicht mehr bezahlbar und schließen. Schulwege werden immer länger. Für viele junge Familien ist das schon ein Grund wegzuziehen; ländliche Idylle und Natur sind für kleine Kinder ideal, reichen aber nicht für das ganze Leben. Einkäufe, Behördengänge, der Gang zum Arzt oder Friseur werden in unseren Gemeinden immer länger und damit teurer. Dies beeinflusst die Lebensqualität im ländlichen Raum.

Es ist uns Landfrauen bewusst, dass Infrastruktur so zu erhalten, wie wir sie kennen, finanziell nicht möglich ist. Wir brauchen Alternativen. Wer Computer und Internet beherrscht und über einen schnellen Internetzugang verfügt, ist relativ gut bedient. Für viele Frauen gehört das heute zur Normalität. Viele können gut mit Computern umgehen – was nützt das aber, wenn die Zugangstechnik aus dem vorigen Jahrhundert

stammt und keine erschwinglichen Lösungen zulässt? Infrastruktur im ländlichen Raum ist teurer als in der Stadt.

Der schnelle Internetanschluss muss in der heutigen Zeit hier mit eingeordnet werden, denn er gehört zum Grundbedarf. Wir brauchen Mittel und Wege, um den Grundbedarf an Infrastruktur im ländlichen Raum zu sichern. Leider ist es in der Praxis tatsächlich so, dass der Wohnort darüber entscheidet, wer zu den Nutznießern des schnellen Internets gehört. Der Standort ländlicher Raum ist in diesem Zusammenhang eindeutig benachteiligt. Wer keinen Breitbandanschluss hat, dem wird im Grunde genommen der Zutritt zur Informations- und Wissensgesellschaft verwehrt.

Es ist somit eine Frage der Sicherung der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Ohne einen vollwertigen breitbandigen Internetzugang läuft heute fast nichts mehr. Davon hängt ab, ob sich Firmen im ländlichen Raum ansiedeln und wettbewerbsfähig bleiben; ob der gut ausgebildete Nachwuchs in der Heimat bleibt und ob junge Familien sesshaft werden.

Das genau sind die Gründe, weshalb wir uns als Landfrauen für die Breitbandtechnik einsetzen. Ich möchte mich deshalb dafür bedanken, dass wir unsere Argumente und unsere Erfahrungen bei dieser Anhörung mit einbringen können. Glaubt man den offiziellen Angaben im Breitbandatlas, so ist die digitale Kluft so gut wie geschlossen; denn nur noch bei einer Million Haushalte ist Breitband nicht verfügbar. Leider sieht die Realität nach unserer Erfahrung schlechter aus. Zum einen gibt es auch innerhalb der angeblich versorgten Gemeinden erhebliche Netzlücken. Für die betroffenen Bürger ist es oft nicht nachvollziehbar, warum gerade ihr Haus nicht an Breitbandnetze angeschlossen werden kann. Zum anderen ist es eine Frage der Definition, was unter Breitband zu verstehen ist.

Der Breitbandatlas zählt schon Verbindungen ab einer Übertragungsrates von 128 Kilobytes je Sekunde – das ist nicht viel mehr als ISDN-Geschwindigkeit. Viele heute mögliche Anwendungen sind auf dieser Basis nicht nutzbar.

Aber die Entwicklung geht weiter. Innovative Anwendungen wie zum Beispiel die gleichzeitige Übertragung von Internet, Fernsehen und Telefon oder das mobile Fernsehen sind bereits in aller Munde. Es ist zu befürchten, dass das im ländlichen Raum Utopie bleibt, weil man dafür viel höhere Übertragungsraten braucht.

Gleichzeitig fehlen verlässliche Angaben darüber, was tatsächlich geht. Wer einen Breitbandanschluss will, muss die Anbieter einzeln anfragen und den Auskünften glauben. Das ist übrigens auch für die Kommunen ein Problem, etwa wenn es um Investitionsentscheidungen für IT-Infrastruktur geht. Wir werden den Eindruck nicht los, dass der ländliche Raum mit niedrigen Übertragungsraten abgespeist werden soll.

Hierbei sehen wir eine Ausgrenzung. Deshalb muss neu definiert werden, was Breitbandübertragung heute ist, und zwar in Bezug auf die gängigen Anwendungen. Setzt man den Standard hoch, würden die umstrittenen und auch von uns angezweifelte Angaben im Breitbandatlas der Realität sicher näher kommen und der Handlungsdruck für Entscheidungsträger wäre viel größer.

Meine Damen und Herren! Der Sächsische Landfrauenverband versteht sich als Interessenvertreter aller Frauen im ländlichen Raum. Wir haben Angst, dass die Politik

immer mehr Abstriche an der Lebensqualität im ländlichen Raum zulässt. Wir befürchten, dass sich daraus ein gesamtgesellschaftliches Problem ergibt; denn wer es sich leisten kann, zieht weg. Für diejenigen, die bleiben, muss zunehmend der Sozialstaat sorgen. Das bedeutet immer mehr Transferleistungen in den ländlichen Raum zur Aufrechterhaltung der Grundversorgung und für eine ineffiziente, weil nicht ausgelastete Infrastruktur.

An dieser Stelle sehen wir aber nicht nur den digitalen Graben, sondern auch digitale Chancen. Gerade Onlinedienste können bis zu einem gewissen Grad den Rückzug von Dienstleistern und den demografisch bedingten Rückbau von Infrastruktur ein Stück kompensieren.

Innerhalb des Deutschen Landfrauenverbandes, dem der Sächsische Landfrauenverband als einer von 22 Landesverbänden angehört, haben wir unsere Kräfte gebündelt und ein gemeinsames Projekt mit dem Namen „IT-Landfrauen“ realisiert. Die Broschüre mit dem Ergebnisbericht des von der EU und vom Bund geförderten Projektes wurde Ihnen in Vorbereitung dieser Anhörung übergeben.

Wir freuen uns über die hohe Anerkennung unserer Arbeit durch die Bundesministerin von der Leyen. Sie stellte aber auch fest, dass noch viel Handlungsbedarf besteht.

Dabei ist uns durchaus bewusst, dass sowohl die Physik als auch die Wirtschaftlichkeit dem ländlichen Raum Grenzen setzen. Das bezieht sich besonders auf die Breitbandübertragung über Telefonkabel. Aber es gibt inzwischen hoffnungsvolle technische Alternativen, wie Funk oder Fernsehkabel. Natürlich müssen sich auch diese Investitionen rechnen. Das heißt, Liberalisierung und Wettbewerb allein werden es nicht richten.

Als letztes Mittel bleibt dann nur die Einführung einer Regelung zum Universaldienst. Wir wissen, dass die EU für dieses Jahr eine Debatte über die Zukunft des Universaldienstes plant. Bislang hat die deutsche Politik die Einbeziehung der Breitbandanbindung in die Universaldienstrichtlinie abgelehnt. Wir bitten Sie, diese Haltung zu überdenken und nach Lösungen zu suchen, die ähnliche Wirkungen haben und Ausgrenzungen verhindern.

Wir sehen hierzu zwei Ansatzpunkte: Erstens. Die Schließung der Breitbandlücken und den Aufbau hochmoderner Netze und Dienste ist zweifellos eine nationale Aufgabe für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, bei der auch der Wettbewerb einiges bewirken kann. Dort, wo die Marktkräfte nicht reichen, ist allerdings eine öffentliche Infrastrukturförderung erforderlich. Mittlerweile wurde über das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein erstes Förderprogramm aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ initiiert. Dass es diese Richtlinie heute gibt, ist auch der Beharrlichkeit der Landfrauen zu verdanken. Wir hoffen, dass sich der Freistaat Sachsen mit Mitteln an diesem Programm beteiligt und die Gemeinden unterstützt.

Zweitens möchte ich das bereits in der Öffentlichkeit diskutierte Thema Funkfrequenzen ansprechen. Gerade für den ländlichen Raum sind Breitbandübertragungen per Funk sowie mobile Anwendungen eine sehr interessante Alternative. Es ist sicher technisch kein Problem, die auf dem Land oft kritische Strecke vom letzten Knotenpunkt zum Hausanschluss per Funk zu überbrücken.

Durch den Umstieg von analog auf digital, der 2012 abgeschlossen sein soll, werden nun Frequenzen, die bisher Rundfunk und Fernsehen gehörten, nicht mehr benötigt. Es geht hierbei um Reichweiten bis 50 Kilometer. Damit eröffnet sich für den ländlichen Raum eine einmalige Chance; denn in diesen Frequenzbereichen könnten in ländlichen Gegenden drahtlose Breitbandzugänge mit großen Übertragungsraten installiert werden. Bei diesen großen Reichweiten sind natürlich auch die Investitionskosten geringer.

Wie man hört, hat Frankreich bereits ein Frequenzpaket für die Nutzung im ländlichen Raum reserviert. Die Frequenzvergaben und die Entscheidung darüber, wer die Funkfrequenzen wofür nutzen kann, ist in Deutschland Ländersache. Die EU-Kommission hat inzwischen Vorschläge zu einer Reform der Telekommunikationsregelungen unterbreitet. Dazu gehört auch die Nutzung dieses Gewinns von Übertragungskapazität für neue, mobile Internetdienste, für Hochgeschwindigkeitszugänge und eben für drahtlose Lösungen im ländlichen Raum. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass diese einmalige Chance – die sogenannte Digitale Dividende – genutzt und nicht vertan wird.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Der Sächsische Landfrauenverband begrüßt das Ansinnen, eine Breitbandoffensive in Sachsen zu starten. Wir werden unsere Verbandsstrukturen nutzen, um zu sensibilisieren und zu informieren. Das ist auch ein Beitrag, dass der Bedarf nach Breitbandanschlüssen weiterhin wächst. Dort, wo der Wettbewerb kraftlos bleibt, weil die Investitionen sich nicht rechnen, müssen staatliche Förderungen helfen. Wir werden uns in dem Zusammenhang auch an der Anhörung zur Überprüfung der Telekommunikationsrichtlinien der EU beteiligen. Wir wünschen uns eine offene und tabufreie Diskussion über die Nutzung und Verteilung der mit dem Umstieg auf Digitalfunk frei werdenden Funkfrequenzen und positive Entscheidungen für den ländlichen Raum.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. Horst Rasch: Vielen Dank, Frau Snelinski, für Ihren Beitrag. – Inzwischen ist Herr Jánzski noch hinzugekommen; seien Sie herzlich begrüßt.

Bevor Sie das Wort erhalten, spricht Herr Karl-Heinz Mantau. Er vertritt den FDP-Ortsverband Rechenberg-Bienenmühle und hat offensichtlich sehr praktische Erfahrungen. Sie haben das Wort, Herr Mantau.

(Der Sachverständige referiert anhand einer PowerPoint-Präsentation.)

Karl-Heinz Mantau: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Erlauben Sie mir bitte eingangs meiner Worte ein paar Impressionen aus dem ländlichen Raum – ich knüpfe fast nahtlos an Frau Snelinskis Worte an –, aus dem Raum Rechenberg-Bienenmühle/Frauenstein, aus dem ich komme, da wir permanent mit diesen Problemen – keine Breitbandnutzung, keine DSL-Verfügbarkeit – zu tun haben und eine dramatische Entwicklung vorwiegend für unsere Gewerbetreibenden auch im Fremdenverkehrsraum vorauszusehen ist.

Das sind Bilder – so sieht es am Skihang aus, auch gestern noch –; Impressionen aus Holzgau, aus dem Ortsteil, der sicherlich bekannt ist; ein reiner Fremdenverkehrsort mit circa 800 Gästebetten bis zu einer Höhenlage von 806 Metern. – Das ist der Skihang;

auch die Loipen sind zum Teil noch befahrbar, allerdings ein sehr harter und verharschter Schnee.

Sie sehen beispielsweise die neugotische Kirche in Rechenberg. Rechenberg ist bekannt durch die Brauerei – Braurecht seit 1558 –, einer der größten Arbeitgeber. Wir haben Arbeitgeber in der Größenordnung bis 50 oder 60 Arbeitnehmer, vorwiegend in der Baubranche und im Baumaschinenbau.

Seit zehn Jahren haben wir schon eine Holzhau-Seite, auf der fremdenverkehrsmäßig alles aufgelistet und fotografiert wird. Wir schauen auch nach Böhmen hinüber. Allein Rechenberg-Bienenmühle hat 2 250 Einwohner, 200 Gewerbetreibende, vorwiegend Handwerk, Kleinhandwerker, Gewerke und Anbieter im Fremdenverkehr.

Wenn man den PC einschaltet oder den Briefkasten öffnet, bekommt man immer diese Werbung und staunt, dass es nicht möglich ist, bei uns mit einer Flatrate zu arbeiten oder kostengünstig das Internet zu nutzen.

Wir haben im Frühjahr 2007 gedacht, als sich die Situation, übertrieben gesagt, so zuspitzte, dass fast jeder Handwerker, jeder kleine Unternehmer, mit dem man ins Gespräch kam, bei den Problemen darauf hingewiesen hat: Was wird denn nun bei uns mit DSL? Schauen Sie in den Breitbandatlas hinein, dann sehen Sie genau diesen weißen Fleck, der die Region Rechenberg-Bienenmühle und Frauenstein an der Grenze zeigt; genau das ist diese Region, die darunter zu leiden hat –, jetzt bauen wir etwas politischen Druck auf. Rechenberg-Bienenmühle gemeinsam mit der Stadt Frauenstein – das sind immerhin 5 500 Einwohner: Rechenberg-Bienenmühle 2 300, Fraustein 3 200; eine Fläche von 110 Quadratkilometern – haben mit einer Unterschriftenaktion begonnen, die innerhalb eines Vierteljahres 1 000 Unterschriften brachte.

Wenn man das auf die Bevölkerungszahl herunterrechnet, ist das eine stolze Zahl. Wir wussten uns keines anderen Mittels zu bedienen, als über die Öffentlichkeit und über die Politik Druck auf die Telekom auszuüben. Diese Unterschriftenlisten wurden über zwei Bundestagsabgeordnete aus unserer Region und über den Bundeswirtschaftsminister Herrn Glos an die Telekom AG gegeben. Nachdem wir ein Vierteljahr gewartet hatten – das ist sicherlich ein normaler Zeitraum –, kam im Frühjahr von der Telekom das Schreiben über den Bundeswirtschaftsminister zurück, dass in der Region Rechenberg-Bienenmühle und Frauenstein jeweils in den beiden Orten 170 DSL-Anschlüsse installiert werden und bis Ende des Jahres 2007 auch verfügbar sein sollen.

Das ist passiert. Zwischenzeitlich sieht man jetzt die Fahrzeuge der Telekom häufiger in unseren Orten; sie installieren und bauen weiter; und wir sind der Auffassung, dass dieser Erfolg, auch wenn er erst klein erscheint, ohne diese Aktion – die von unseren Bürgern ausdrücklich mitgetragen wurde und von unseren Handwerkern, Unternehmern, Kleinbetrieben und Vermietern ausdrücklich gewünscht war – kaum möglich gewesen wäre.

Im 21. Jahrhundert sind digitale Autobahnen mindestens genauso wichtig wie ein gut funktionierendes und gut ausgebautes Straßen- und Schienennetz. Ich vergleiche das einmal sehr drastisch: Ohne DSL fahren Sie im ersten Gang, mit DSL mindestens im fünften Gang.

Das Erzgebirge ist alles andere als das „Tal der Ahnungslosen“, wie man es früher einmal bezeichnet hat. Auch hier gibt es erfolgreich Wirtschaft, Handel und Gewerbe, die jeden Wirtschaftsimpuls gebrauchen können. Auch hier sorgen medizinische und öffentliche Einrichtungen für die Bedürfnisse der Einwohner und unserer Gäste. Die Menschen in den ländlichen Regionen dürfen nicht unter dem Standortnachteil der fehlenden Breitbandverbindung leiden. Es darf nicht zu einem die Existenz gefährdenden Zustand kommen.

Einige praktische Beispiele sollen den letzten Satz unterstreichen. Ich habe mich in der vergangenen Woche bzw. in der letzten Zeit mit Unternehmen, mit Firmen unterhalten, was ohne DSL passiert. Ein ansässiger Baubetrieb im Ortsteil Clausnitz mit 50 Arbeitnehmern tätigt circa zehn Downloads pro Woche für Ausschreibungen, weil er vorwiegend im süddeutschen Raum – Bayern und Baden-Württemberg – tätig ist. Die Ausschreibungen werden ja aus diesen Ländern nicht mehr in Papierform verschickt, sondern elektronisch. Pro Download bedeutet dies ohne DSL durchschnittlich eine bis anderthalb Stunden pro Tag – also umgerechnet einen Arbeitstag pro Woche für eine(n) Arbeitnehmer(in), die nur am Computer sitzt und diese Ausschreibungen herunterlädt. In dieser Zeit ist zum Teil kein Telefonieren im Festnetz möglich, da mit zwei ISDN-Leitungen gearbeitet wird.

Im selben Betrieb werden die vorhandenen zwölf PCs wöchentlich jeweils eine halbe Stunde gewartet – also wieder sechs Stunden Arbeitszeit. Die Wartung wird auf den Samstag verlegt.

Die Buchhaltung in diesem Betrieb benötigt im Monat zwei Arbeitstage, um die aktuellen Updates vorwiegend im Lohnbereich zu tätigen.

Großhändler, die unsere Wirtschaft – Elektriker, HSL, Andersgewerke – mit ihren Artikeln bedienen, versenden die Sortimentslisten nur noch per E-Mail.

Das bewegt sich in einer Größenordnung – so haben mir die einheimische Elektrofirma und die Firma HSL gesagt – zwischen 400 000 und einer Million Artikel, das gesamte Sortiment. Sie können sich vorstellen, meine Damen und Herren, welche Arbeitszeit dort verloren geht, nur um am PC zu sitzen, ohne DSL. In der Praxis bedeutet das ungefähr einen Arbeitstag für einen Arbeitsplatz bei einem ISDN-Anschluss.

Ein ansässiger Internetprovider im Ortsteil Holzhau hat seine gesamte technische Investition nach Chemnitz verlagert. Räume mussten angemietet werden. Bei allen Tätigkeiten mit dieser Technik macht sich eine Fahrt nach Chemnitz erforderlich. Die Datensicherung über DSL lässt er von einem Freund in Chemnitz machen.

Ein letztes Beispiel, da ich aus dem Erzgebirge komme: Holzspielzeug, Schnitzereien. Wenn ein Holzspielzeugmacher oder ein Drechsler bzw. Schnitzer seine Artikel im Internet über e-bay verkaufen will, braucht er für den Artikel Nussknacker circa eine halbe Stunde, um die Daten übertragen zu können.

Das sind einige praktische Beispiele, mit denen in unserer Region im Handwerk und Gewerbe zu kämpfen hat. Von den Privatleuten, vom Bürger, der auch ein Recht auf DSL hat, möchte ich gar nicht sprechen. Zum Glück haben wir noch eine Mittelschule und zwei Grundschulen in der Region Frauenstein/Rechenberg-Bienenmühle. Im Dezember wurde die Mittelschule Rechenberg-Bienenmühle von Telekom an das DSL-

Netz angeschlossen. Was glauben Sie? Der Schulleiter ist vor Freude fast in die Luft gesprungen. Ein PC-Kabinett können die Schüler jetzt wunderbar bedienen.

Diese Beispiele verdeutlichen ganz klar den Standortnachteil der einheimischen Gewerke. Für die gesamte Bevölkerung bedeutet dies zusätzlich eine Minderung der Lebensqualität. Unterschriften wurden deshalb gesammelt, um auf Telekom Druck auszuüben und diesen für uns nicht mehr hinzunehmenden Zustand deutlich zu verbessern.

Was war dann passiert? Im Sommer 2007 – ich sprach schon davon – versprach Telekom diese jeweils 170 Anschlüsse. Sie sind realisiert worden. Zwischenzeitlich – seit gestern weiß ich es – wird der Ortsteil Clausnitz teilweise mit DSL mit einer Geschwindigkeit von 16 000 Kilobit angeschlossen. Auch unsere Mittelschule erhielt das, wie ich sagte.

Das Bundesministerium für Wirtschaft startete im November 2007 ein bundesweites Modellprojekt unter dem Arbeitstitel „Breitband für bisher unterversorgte Kommunen“. Das Projekt begann mit einer Pilotphase, an der bundesweit nur fünf Musterkommunen teilnehmen. Eine dieser Musterkommunen ist Rechenberg-Bienenmühle und Frauenstein. Auch das heften wir uns voller Stolz an die Brust, vor allem unsere Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer Unterschrift dazu beigetragen haben.

Das Modellprojekt sieht vor, dass den Kommunen ein Beraterteam zur Seite gestellt wird. Die ersten Gespräche mit diesem Beraterteam gab es schon, welches die Kommunen und die Bürger von A bis Z, von der Sachstands- und Bedarfsanalyse, über die Ausschreibung konkreter Breitbandversorgungsmaßnahmen, bis hin zum Vertragsschluss beraten und begleiten wird. Das heißt also, erst wenn hundertprozentig sicher ist, welche Firma mit welchen Techniken zu welchem Zeitpunkt die Breitbandversorgung in Rechenberg-Bienenmühle und Frauenstein sicherstellt, endet die Tätigkeit des Beraterteams. Für die Musterkommunen werden die Kosten komplett vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit übernommen.

Vors. Horst Rasch: Sehr geehrter Herr Mantau, ich darf Sie ein klein wenig an den Zeitablauf erinnern.

Karl-Heinz Mantau: Ich komme zum Schluss. – Unser Ziel bleibt weiterhin eine flächendeckende Breitbandversorgung. Erlauben Sie mir auszugsweise aus Artikel 87 f des Grundgesetzes zu zitieren: „(...) gewährleistet der Bund im Bereich (...) der Telekommunikation flächendeckend angemessene und ausreichende Dienstleistungen“ – wie man dies auch immer interpretieren mag.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Glück auf!

Vors. Horst Rasch: Vielen Dank, Herr Mantau, für Ihren Beitrag. – Ich bitte jetzt Herrn Sven-Gábor Jánoski fortzusetzen. Er vertritt die Mitteldeutsche Kommunikations- und Kongressgesellschaft Leipzig. Sie haben das Wort, Herr Jánoski.

Sven-Gábor Jánoski: Herzlichen Dank für die Einladung. Sven-Gábor Jánoski ist mein Name. Ich bin Politikwissenschaftler, Medienwissenschaftler und habe mich seit dem Jahr 2000 mit der Frage beschäftigt, welche Auswirkungen das Aufkommen des Internets für die Medienpolitik, für das deutsche Mediensystem hat. Zum Zweiten bin ich



Geschäftsführer der Mitteldeutschen Kommunikations- und Kongressgesellschaft, die unter anderem seit sieben Jahren einen Think tank organisiert, in dem 200 Manager, Zukunftsforscher, Politiker sind und darüber beraten, welche Auswirkungen die derzeitige Entwicklung für die Wirtschaft, insbesondere für das Mediensystem, hat, wie unser Leben in zehn Jahren aussehen wird und wie sich Geschäftsmodelle entsprechend ändern, wie sich Gesetze ändern müssen usw. usf. Das ist mein Hintergrund.

In den zehn Minuten, die mir zur Verfügung stehen, möchte ich darauf hinweisen, dass es bei dem, was Sie hier besprechen, nicht nur darum geht, ob im ländlichen Raum Leitungen verlegt werden, große oder kleine, ob man es über Funk oder über Leitungen macht, wie auch immer. Sondern Sie sprechen möglicherweise über ein sehr zentrales Grundrecht aus der Deutschen Verfassung, aus dem Grundgesetz, das den Gesetzgeber zwingt, eine wirklich adäquate Lösung zu finden. Ich will Ihnen das kurz erklären.

(Folie: 1. Artikel 5 Grundgesetz)

Ich spreche von Artikel 5, der Meinungs- und Informationsfreiheit. Wie ist dieser Artikel entstanden? Grundrechte lassen sich auf die Artikel zurückführen. Ganz besonders beim Artikel 5 – Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit – muss man die Nazizeit betrachten. Der Gesetzgeber wollte nach dem Krieg dafür sorgen, dass nie wieder eine Gleichschaltung von Medien möglich ist. Damit ist es ein unabdingbarer Bestandteil unserer Demokratie.

(Folie: 2. Was heißt das?)

Was heißt das konkret? Stellen Sie sich die Zeit nach dem Krieg vor. Wesentlich für die Meinungsbildung damals waren Zeitungen, das Radio und das Kino. Das Fernsehen kam später, Privatmedien noch viel später. Also hat der Gesetzgeber damals gesagt, wir müssen in diesen meinungsbildungsrelevanten Medien dafür sorgen, dass sich jeder Bürger informieren kann, also einen gleichen Zugang hat – diesen dazu noch zu sozial verträglichen Kosten –, und zweitens, dass, wenn er den Zugang hat und die Medien gefunden hat, eine gleichgewichtige Meinungsvielfalt der in dieser Gesellschaft im demokratischen Raum vorhandenen Meinungen auffindbar ist.

(Folie: 3. Wie funktioniert es?)

Mit diesen zwei Punkten wurde im Laufe der Zeit das öffentlich-rechtliche System eingeführt, wurden ARD und ZDF gebildet. Die ARD besteht nicht nur aus den Programmen und den Landesprogrammen, sondern ein wesentliches Merkmal dieses öffentlich-rechtlichen Systems ist, dass die technische Komponente mit gesichert ist; dass die ARD damals dafür Sorge getragen hat, dass Sendemasten aufgestellt wurden, dass gefunkt wurde und – jetzt komme ich zu der Empfangskomponente – dass jeder Bürger das Recht hatte – auch wenn er sozial sehr schwach war –, beispielsweise vom Sozialamt ein Fernsehgerät zu bekommen, also dieses Medium zu empfangen; zweitens die inhaltliche Komponente – binnenplurales System mit Rundfunkräten usw. usf. –, und das alles zu einer sozial verträglichen Gebühr.

(4. Was passiert, wenn ...?)

Lassen Sie uns die Frage stellen, was passiert, wenn sich diese meinungsbildungsrelevanten Medien, an die der Gesetzgeber damals gedacht hat, ändern, wenn möglicherweise alte meinungsbildungsrelevante Medien auf anderen Übertragungswegen übertragen werden, wie beispielsweise dem Internet. Was passiert, wenn neue Medien entstehen, weil sie eben die Technologie so hergeben, an die man damals gar nicht denken konnte – man dachte damals an Zeitung, Fernsehen und Kino –, die ebenfalls meinungsbildungsrelevant werden?

Drittens: Was passiert, wenn sich die Mediengewohnheiten so verändern, dass man die Medien anders konsumiert, dass man eben Radio nicht mehr über UKW-Frequenzen konsumiert und dass Fernsehen nicht mehr über die normalen Frequenzen über den Äther kommt, sondern über Internet? Was passiert, wenn die Bevölkerung das macht? Dann muss der Gesetzgeber sicherstellen, dass dennoch weiterhin die Informationsfreiheit nach Artikel 5 gewährleistet wird.

Kurze Erinnerung: Gewährleistung heißt, in zwei Bereichen, nämlich die technische Empfangbarkeit und die inhaltliche Dimension, dass in dem Programm Meinungsvielfalt herrscht.

Was bedeutet das für unseren konkreten Fall für die Breitbandnetze? Es könnte sein, dass Radio und Fernsehen in Zukunft mehrheitlich genau über Internet, über solche Breitbandnetze empfangen werden. Es könnte sein, dass ganz neue Medien – nehmen wir das Internet oder das WorldWideWeb – meinungsbildungsrelevant werden und ebenfalls über Breitbandnetze empfangen werden. Und es könnte sein, dass sich die Mediengewohnheiten so verändern, dass man Fernsehen nicht mehr über den normalen Äther sieht, sondern möglicherweise über Internet. Was müsste dann passieren?

(Folie: 5. Achtung!)

Dann müsste der Gesetzgeber sicherstellen, dass genau diese Gleichberechtigung technisch und inhaltlich auch für Breitbandnetze gilt.

Ich sage immer „wenn“, weil: Es gibt eine Bedingung für diese Argumentation. Die Bedingung ist, dass das neue Massenmedium WorldWideWeb oder dieser Übertragungsweg Breitbandnetze tatsächlich eine Relevanz für die individuelle und öffentliche Meinungsbildung erlangen.

(Folie: 6. Ab wann ist ein Medium meinungsbildungsrelevant?)

Nun ist die große Frage: Ab wann ist etwas meinungsbildungsrelevant? Dafür gibt es bisher weder in der Wissenschaft noch in der Rechtsprechung – das Bundesverfassungsgericht hat sich sehr oft mit dem Rundfunksystem beschäftigt – eine Antwort. Ich kann Ihnen nur aktuelle Zahlen aus den ARD-/ZDF-Onlinestudien 2007 nennen, die besagen: 20,8 Millionen Deutsche ab 14 Jahren haben einen Internetzugang, konsumieren Informationen – das sind Texte, Bilder, Videos usw. Damit ist die Internetnutzung in den letzten zehn Jahren in Deutschland von 6,5 % auf 62,7 % gestiegen. Nun muss man sich fragen, ob dies schon eine Größe ist, von der man sagt, ja, das ist ein Massenmedium geworden – also relevant für die Meinungsbildung in unserer Demokratie. Diese Frage kann man mit Ja beantworten. Man kann auch sagen,

wir warten noch auf weitere 10 % – dann müssen Sie ungefähr noch zwei Jahre warten –; aber über die Lösung kann man trotzdem schon nachdenken.

Die letzte Zahl aus der Studie ist noch ganz interessant: 59 % dieser 40 Millionen Internetnutzer haben schon einen Breitbandanschluss. Ein Breitbandanschluss DSL ist quasi im Augenblick das Zentrale, was man im Internet macht. Nur damit kann man vernünftig Bilder oder Videos anschauen usw. usf.

Wie entwickelt sich unsere Mediengesellschaft weiter? Ich habe schon gesagt, dass ich der Leiter des „forward2business-Think tank“ bin. Seit sieben Jahren beschäftigen sich dort 200 ausgewählte Manager. Stellen Sie sich vor, von MTV, vom Musikfernsehen, vom ZDF, vom MDR sind Leute dabei, aber auch von vielen großen Verlagen. Das geht beispielsweise bis hin zum Zukunftsforscher von Volkswagen und der Zukunftsabteilung beim Henkel-Konzern, die alle an diesen Fragestellungen interessiert sind.

Was sagen sie? Sie setzen sich jedes Jahr zusammen und entwickeln ein Szenario, wie diese Welt in zehn Jahren aussehen könnte. Sie sagen unter anderem, im Jahr 2010 wird es normal sein, dass ein Fernsehgerät, das ich ganz normal im Laden kaufe, einen Internetanschluss hat. Das heißt, Fernsehen wird über Internet übertragen. Das geht logischerweise nur, wenn ich einen Breitbandanschluss habe. Unser Medienkonsum, unser Fernsehkonsum wird sich verändern, denn plötzlich ist es möglich, dass ich zeitsouverän schaue. Die Tagesschau sehe ich eben nicht mehr 20 Uhr, sondern wann ich will. Sie ist permanent verfügbar. Entsprechend werde ich mir mein Fernsehprogramm ganz individuell zusammenstellen. Ich bin nicht mehr darauf angewiesen, auf irgendetwas zu warten oder mir eine Sendeabfolge zusammenzustellen, sondern ich kann sehen, was ich will: die Larry-King-Show aus den USA, irgendwelche japanischen Programme – zeitsouverän.

Ein weiterer Schritt wird sein – die Experten sagen 2012 –, dass zu dieser Zeitsouveränität die Ortsouveränität hinzukommt. Wer voriges Jahr auf der Cebit war, hat zum Beispiel von sehr vielen Anbietern Badspiegel gesehen, in denen Monitore sind. Stichwort: Das Fernsehen verlässt den Fernseher. Unsere Generation vielleicht nicht, aber unsere Kinder werden Fernsehen sicher auf ganz anderen Devices sehen. Ob das Handys, Badspiegel oder im Kinderzimmer irgendwelche Schrankwände sind – völlig egal.

Damit will ich sagen: Es entsteht eine neue Mediennutzungskultur. Dessen müssen wir uns bewusst sein. Sie entsteht sicher nicht in unserer Generation – das sage ich immer dazu –, aber bei unseren Kindern und Enkeln. Was heißt das alles? Jeder, der an dieser neuen Mediennutzungskultur teilnehmen will, braucht Breitbandanschluss. Wenn wir wollen, dass der ländliche Raum nicht abgekoppelt ist, dann braucht der ländliche Raum Breitbandanschluss.

Was heißt das für den Gesetzgeber? Wer keinen Breitbandanschluss hat, dessen Grundrecht ist quasi verletzt. Der Gesetzgeber muss eine Vorsorge treffen. Was kann der Gesetzgeber an dieser Stelle vom Mediengesetz her gesehen tun? Man könnte sagen, okay, wir haben früher gesagt, ARD muss die Übertragungsmöglichkeiten für Fernsehen oder Radio schaffen. Jetzt sagen wir, ARD muss auch noch die Übertragungsmöglichkeiten für Breitband schaffen. – Theoretisch zwar möglich, aber relativ unsinnig.

Man könnte auch sagen, wir bilden eine neue öffentlich-rechtliche Struktur, die genau das schaffen muss. – Aus meiner Sicht fraglich und kostenintensiv.

Die Universaldienstleistungsverordnungen sind schon genannt worden. Im Prinzip analog: Was im Postbereich, Telefonbereich funktioniert, könnte auch hier funktionieren. Man muss dazu sagen, dass diese Universaldienstleistungsverordnung aus medienrechtlicher Argumentation nicht das Einzige ist. Man müsste dann noch dafür sorgen, dass wirklich sozial Schwache, um nicht abgekoppelt zu werden, ähnlich wie im Fernsehbereich, quasi vom Sozialamt keinen Fernseher mehr bekommen, sondern einen Computer, um es wirklich nutzen zu können.

So weit die kurze Zusammenfassung. Ich habe das alles etwas umfangreicher als Ausdruck dabei und stelle es Ihnen zur Verfügung. – Danke.

Vors. Horst Rasch: Vielen Dank, Herr Jánszki. Ich bitte Sie, die Unterlagen unserer Ausschusseksretärin zur Verfügung zu stellen. Sie wird dafür sorgen, dass es jede Kollegin und jeder Kollege zuverlässig erhält. Danke für Ihren Beitrag. – Ich bitte jetzt Herrn Dr. Manfred Goedecke, das Wort zu nehmen. Er vertritt die Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen in Chemnitz.

Dr. Manfred Goedecke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Gäste! Dass breitbandige Internetzugänge heute ein entscheidender Standortfaktor für kleine und mittlere Unternehmen sind, will ich hier nicht weiter ausbreiten. Ich denke, allein durch die Verfügbarkeit und Nutzung ist es möglich, am internationalen Wettbewerb teilzunehmen und sich Wettbewerbsvorteile und innerbetriebliche Optimierungspotenziale zu erschließen.

Die breitbandige Internetzugänge nutzenden Betriebe zeigen eine große Dynamik in der Nutzung. Von 2002 bis 2007 hat die Nutzung dieser breitbandigen Internetzugänge im Kammerbezirk – dazu haben wir eine Studie veranlasst – stark zugenommen. Ich darf ein Beispiel, wie sich die Dynamik abzeichnet, für das Technologiezentrum Chemnitz nennen, wo 50 kleine und kleinste technologieorientierte Jungunternehmen betreut werden. Es hat sich allein das über Internet bewegte Datenvolumen von 2002 von rund 700 Gigabyte auf heute fast 3 Terabyte entwickelt. Das betrifft kleine und Kleinstbetriebe – nur um zu zeigen, wie die Dynamik verläuft.

Es ist nicht nur eine Frage der Zugänge, sondern auch der Nutzung. Bei dieser Nutzung entstehen Informationsbedarf und neue Fragestellungen. Wenn diese nicht oder unbefriedigend erfüllt werden, können sich aus diesem Problem sehr schnell Hemmnisse und Bremsklötze bei der weiteren Nutzung entwickeln. Ich möchte damit sagen: Gegenwärtig dominieren über alle Branchen und Betriebsgrößen die Fragen der Netz- und Informationssicherheit, des Online-Rechtes und des Datenaustausches mit Externen. Bei den nutzenden Betrieben müssen wir mit den Informationen zulegen.

Das gilt übrigens auch für viele andere Nutzungsmöglichkeiten. Deshalb ist die IHK Südwestsachsen seit 1998 Träger eines Kompetenzzentrums. Das ist ein in ein bundesweites Netzwerk integriertes beratungs- und betreuungs-, anbieter- und produktneutrales Erstberatungssystem, das wir für die Unternehmen geschaffen haben, was diesen Informationsbedarf aufhalten soll.

Wir wissen aber aus unserer täglichen Arbeit, dass nicht alle Zugänge haben – es sind Beispiele aus dem ländlichen Raum aufgeführt –; aber ich betone, es gibt nicht nur Lücken bei den Breitbandinternetzugängen im ländlichen Raum, sondern das gibt es durchaus auch in Städten und Großstädten. In diesen Fragen gibt es bei den Unternehmen die gleichen Probleme wie bei den privaten Nutzern. In der Regel sind fehlende Informationen über die technische Machbarkeit, insbesondere bei alternativen Breitbandvarianten zu verzeichnen. Wir haben eine Unkenntnis über potenzielle Ansprechpartner, eine ungenügende Nachfragebündelung und ein für den Einzelnen inakzeptables Kosten-Nutzen-Verhältnis bei der entsprechenden Breitbandtechnologie.

Dieser Zustand kann für kleine und mittlere Unternehmen bei anhaltender Dauer zu einer Existenzbedrohung führen. Deshalb sind viele dieser Unternehmer – wir haben es aus Rechenberg gehört – in den Lückengebieten Initiatoren von Aktivitäten, die diesem Zustand abhelfen sollen. Das Kompetenzzentrum hat hier in vielen Fällen auch Unterstützung gegeben – in Stollberg, in Mildenau, in Oberwiesenthal und Bräunsdorf, um nur einige zu nennen.

Wir wissen aus zehnjähriger Erfahrung um einige andere Rahmenbedingungen, die ich in den Vordergrund meiner Ausführungen stellen möchte. Zum Ersten, dem generalstabsmäßigen Vorgehen des Freistaates in den Neunzigerjahren bei der Ertüchtigung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Einführung und Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien – ich erinnere nur an die sächsische Informationsinitiative oder an die SET –, ist heute eine Vielzahl von engagierten Einzelaktivitäten ohne klare zeitliche und inhaltliche Zielstellung sowie Transparenz gefolgt. Ich will das in einem Bild so ausdrücken: Wir haben ein leistungsfähiges, engagiertes Orchester ohne klaren Spielplan und Dirigenten.

Zweitens. Die maßgeblich durch diese Situation des fehlenden Ansprechpartners/Mobilisators mit bedingten infrastrukturellen Lücken, welche nicht nur eine Reihe von Unternehmen belasten, sind aber nur ein – wenn auch entscheidendes – Problemfeld. Die schwer erkennbare Federführung und Koordinierung des Freistaates bedeutet auch zeitliche und inhaltliche Defizite bei den sächsischen E-Government-Lösungen, die wir als wichtige Treiber bei der verstärkten Nutzung von Breitbanddiensten, Internetzugängen durch Unternehmer, Privatpersonen und staatliche Einrichtungen ansehen.

Bei den vielen, zum Teil in der Antwort auf die Anfrage der Fraktion der GRÜNEN genannten, lobenswerten Einzelaktivitäten in verschiedenen Bereichen fällt es schwer, Prioritäten, Zeitachsen der flächendeckenden Einführung oder Gesamtstrukturen zu erkennen. Konsequente, wenn auch überfällige öffentliche Lösungen, wie zum Beispiel in unserem Bereich die verpflichtende Einführung der Online-Zollabfertigung ATLAS ab 01.07.2009 durch den Bund, die aus der Sicht der Unternehmen erheblichen Druck auf die Verfügbarkeit breitbandiger Internetzugänge entwickeln, weil sie für die Nutzung dieser Dinge gefordert sind, wären auch aus den Amtsstuben des Freistaates durchaus wünschenswert.

Drittens. Das Fehlen einer einheitlichen, umfassend bekannten fachkompetenten und anbieterneutralen Informations- und Maklerstelle erschwert private, kommunale und gemischte Bemühungen um breitbandige Internetverfügbarkeit, vor allem bei Alternativlösungen zu DSL. Die genannten Koordinierungs-, Beratungs- und Informationsstrukturen für die Unternehmen können dieses Defizit zwar mildern – ich habe es bei unserem Kompetenzzentrum geschildert –, aber nicht beheben.

Viertens. Die für die Feinjustierung der Aktivitäten bei der breitbandigen Nutzung des Internets sowie für die Sensibilisierung vor allem der Bevölkerung und der öffentlichen Bereiche notwendigen Analysen, Dokumentationen und kontinuierlichen Statistiken erfolgen überwiegend sporadisch. Dadurch werden nationale und internationale Vergleiche, Mehrfachnutzung intelligenter Lösungen und Konzepte sowie der Effizienznachweis von Lösungen erschwert.

Daraus ergeben sich für uns vier Anregungen:

Erstens: Wir meinen, dass die Erarbeitung eines mittelfristigen Masterplanes und terminierter Umsetzungskonzepte für die möglichst flächendeckende Bereitstellung breitbandiger Internetzugänge im Freistaat Sachsen überfällig ist. Ressortübergreifende Planung, Abstimmung und Realisierung von E-Government-Lösungen, priorisiert nach Kosten-Nutzen-Kategorie, sind auf der Tagesordnung. Dafür muss selbstverständlich externer Sachverstand über Beiräte und Ähnliches einbezogen werden, wie es in der Planung schon war; aber wir verzeichnen seit Mai vergangenen Jahres einen absoluten Stillstand, wenn ich das so sagen darf.

Zweitens: Die Schaffung einer einheitlichen Ansprech-, Informations- und Koordinierungsstelle für IT-Angelegenheiten in einem Staatsministerium, in der Staatskanzlei oder einer von der Staatsregierung beauftragten fachkundigen externen Einrichtung ist wichtig. Die enge Zusammenarbeit an dieser Stelle mit geeigneten Partnern aus dem Privat-, Kommunal- und Wirtschaftsbereich versteht sich von selbst. Ich verweise auf die Erfahrungen, die in der sächsischen Informationsinitiative und bei der SET dazu gesammelt worden sind.

Drittens: Die Prüfung und Nutzung weiterer geeigneter Unterstützungsmaßnahmen zum Ausbau der IT-Infrastruktur sowie zur Forcierung ihrer Nutzung können wir uns vorstellen. In diesem Bereich sollten insbesondere PPP-Modelle gefördert werden, vor allem auf kommunaler Ebene.

Viertens: Wir empfehlen die jährliche Herausgabe eines sächsischen IT-Reports als Fortführung des ehemaligen Telekommunikationsberichtes, regelmäßige Analysen und eine bessere Abbildung dieses Sektors in der amtlichen Statistik des Freistaates. Ein erster Schritt könnte die Nutzung des Mittelstandsberichtes 2009 sein, für den man eine spezielle Analyse des Anwendungsniveaus, des Anwendungsspektrums und der Ergebnisse der breitbandigen Internetnutzung in sächsischen Unternehmen vorsehen könnte, wie wir es bei den zwei letzten Mittelstandsberichten mit unterschiedlichen Themen gesehen haben. Ich denke, dass die IHK Südwestsachsen und alle anderen Kammern für diesen Prozess, für diese konzertierten Aktionen, die notwendig sind, vorbehaltlos und kompetent als Partner aus dem Bereich der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vors. Horst Rasch: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Dr. Goedecke, für Ihren Beitrag und bitte nun Herrn Dr. Martin Fornefeld; er vertritt die MICUS Management Consulting GmbH aus Düsseldorf. Sie haben das Wort, Herr Dr. Fornefeld.

Dr. Martin Fornefeld: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank für die Einladung zur heutigen Anhörung. – Zunächst einige Informationen zur MICUS Management Consulting GmbH. Sie ist eine Unternehmensberatung mit Sitz in Düsseldorf und Berlin. Der Hauptgegenstand unserer Arbeit sind zwei Schwerpunkte. Zum einen beraten wir den Bund, die Länder und die Kommunen in der Umsetzung von E-Government-Projekten. Zum anderen schreiben wir Marktstudien für die Bundesregierung, die Landesregierungen, aber auch für die EU und die OECD. Diese Studien gehören zu den meist gelesenen Studien weltweit, unter anderem auch deswegen, weil wir unsere Studien in die englische Sprache übersetzen und damit den weltweiten Sprachraum abdecken können. Das alles kann man downloaden. Darum gelten unsere Studien zu den meist downgeloadeten Studien überhaupt.

Zu der Frage, die uns heute hier zusammengeführt hat, haben wir mehrere Studien geschrieben. Eine heißt „Gesamtwirtschaftliche Auswirkung der Breitbandnutzung“. Sie kann sowohl von der Seite des BMWi als auch von unserer Homepage heruntergeladen werden. Diese Studie haben wir im Auftrag des BMWi geschrieben. In dieser Studie ist eindeutig dargelegt, wie der Zusammenhang zwischen Breitbandinfrastruktur und der Schaffung neuer Arbeitsplätze genau aussieht. Die Studie sorgte in den Fachkreisen für sehr viel Aufruhr, sodass uns die EU sofort beauftragt hat, das Ganze für die EU zu untersuchen. Wir sind gerade dabei, das zu finalisieren. Bereits vor Weihnachten haben wir der EU die Ergebnisse präsentiert und haben jetzt den Auftrag, dies bis Ende des Monats zu finalisieren. Auch hier können wir deutlich nachweisen, wie der Zusammenhang zwischen Breitbandinfrastruktur, Ausbau, wirtschaftlichem Wachstum, Produktivität und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist.

Erste wichtige und ganz klare Aussage: Wer heute noch einen Zusammenhang zwischen Breitbandinfrastruktur und Schaffung neuer Arbeitsplätze verneint, verneint ganz klar die Erkenntnis, dass dem genau so ist. Die Ergebnisse, die wir erzielen, sind so weit gediehen, dass ich dies sogar bei der OECD Anfang Februar noch einmal vertreten darf. Sie sehen, diese Frage ist nicht nur eine Sachsenproblematik, sondern weltweit wurde voll und ganz erkannt, wie groß diese Problematik ist.

Dass das der Fall ist, haben wir in den Beiträgen der Vorredner sehr anschaulich und deutlich gesehen. Ich denke, was wir hier im Kleinen gesehen haben, lässt sich volkswirtschaftlich im Großen nachweisen. Wir reden hier um mehrere Tausend Arbeitsplätze, die Sachsen im Moment verloren gehen, da keine Breitbandanschlüsse zur Verfügung gestellt werden.

In der weiteren Konsequenz heißt das: Wenn wir uns über Fragen der Demografie, der Vergreisung und dem Wegzug qualifizierter Leute unterhalten, sind Sie dann mal auf die Idee gekommen, dass das vielleicht damit zusammenhängt, dass wir durch fehlende Breitbandinfrastruktur gar keine entsprechenden Angebote in Sachsen mehr haben und damit einer Fluktuation Vorschub leisten? Das heißt, die Problematik ist für die Entwicklung des Freistaates Sachsen absolut fatal.

Im Rahmen der EU-Studie haben wir untersucht – weil man sagte, okay, man kann volkswirtschaftlich viel rechnen –, ob man das de facto nachweisen kann. Wir haben uns Cornwall angeschaut. In Cornwall in Südengland, ein ehemaliger Bergbaubereich, wurde Zinnbergbau betrieben; an und für sich ist es eine arme Region gewesen. Dort hat man mit Ziel-1-Mitteln und einigen Fördermitteln der EU ganz gezielt eine Breitbandinfrastruktur innerhalb von fünf bis sechs Jahren von null auf heute aufgebaut.

50 % der örtlichen Unternehmen, inklusive 4 000 Mikrounternehmen, und 60 % der Landwirte sind angeschlossen. Sie sind erfolgreich ans Netz gebracht – von null. Diese Mikrounternehmen sind sehr wichtig. Breitband schafft die Voraussetzung für völlig neue Geschäftsmodelle, nämlich auch mit kleinen qualifizierten Firmen mit teilweise unter zehn Mitarbeitern. Portale können aufgebaut werden, die sehr gute und sinnvolle Dienstleistungen anbieten, die am Markt nachgefragt werden.

In Cornwall konnten wir nachweisen, dass der Weggang der jungen Leute, die Fluktuation, gestoppt und sogar ein Rückzug in die Heimregion gefördert wurde. Der Altersdurchschnitt der Region sinkt. Das Gehaltsniveau wurde erhöht. Die wirtschaftliche Entwicklung im Verhältnis zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in England hat sich von einem unterdurchschnittlichen Wachstum und Rückgang zu einem überdurchschnittlichen Wachstum gewandelt. Eindeutiger kann man diese Beziehung nicht beschreiben.

Angewandt auf Sachsen heißt das: Die Chance, mit Breitband neue, qualifizierte Jobs zu schaffen, hängt zuallererst von der Frage der Verfügbarkeit der Breitbandinfrastruktur ab. Diese ist in Sachsen nicht gegeben. Was heißt das in der Konsequenz? In der Konsequenz heißt das, dass es gar nicht möglich ist, bestimmte Geschäftsmodelle in Sachsen aufzubauen; denn die unentbehrliche Voraussetzung dafür ist letztendlich die Verfügbarkeit von Breitbandinternet. Hierbei werden Zusammenhänge deutlich, die zeigen, dass wir hierbei kein kleines Problem, sondern ein massives Problem haben.

Wie kann man das ändern? Wie können wir die Sache nach vorn bringen? Zunächst einmal ist klar, dass es als Allererstes notwendig ist, die Breitbandinfrastruktur stärker auszubauen. Ich komme gleich dazu, wie. Auf der anderen Seite müssen wir noch ein Zweites tun – dafür haben wir aber hier genügend Leute am Tisch sitzen –: Wir müssen die KMUs und auch über die Universitäten die Mitarbeiter, die Bürgerinnen und Bürger, dahin führen, diese Möglichkeit für sich zu erkennen und zu nutzen. Ich muss beides tun: Infrastruktur aufbauen und dafür sorgen, dass neue Services implementiert und angewendet werden. Zwischen Anschluss und Nutzung ist nun mal ein Unterschied. Bei den Untersuchungen konnten wir feststellen, dass nur 50 % derjenigen, die einen Breitbandanschluss haben, ihn auch im entsprechenden Sinne nutzen.

Auch das ist ganz wichtig. Dafür haben wir schon genug Einrichtungen, die IHKs; aber man kann es noch einmal ganz gezielt durch Kompetenzzentren unterstützen. So hat man es in Cornwall gemacht; da lohnt sich ein Besuch.

Drittens. Bürger, die aus sozialen Gründen das Internet noch nicht als Medium für sich erkannt haben, werden mithilfe von sozialen und karitativen Einrichtungen begleitet, um die digitale Kluft zu verringern. Wir haben bereits ein Projekt auch für die Bundesregierung durchgeführt und nachgewiesen, dass es eben nicht unbedingt notwendig ist, jedem Einzelnen einen PC hinzustellen, sondern dass es gerade über die karitativen Einrichtungen, wie Arbeiterwohlfahrt, Landfrauenbund, Caritas oder andere soziale Einrichtungen, möglich ist, diese Gruppen an die mediale Welt anzuschließen. Das funktioniert sogar sehr gut; ich konnte mich an mehreren Beispielen sehr beeindruckend davon überzeugen.

Wir können alles machen, aber die *Conditio sine qua non* ist: Wir brauchen eine vernünftige Breitbandinfrastruktur.



Wo liegt das Problem? Die Probleme sind hier schon im Großen und Ganzen beschrieben worden. Wir sagen heute als Experten: Wenn wir über Breitbandinternet sprechen, dann sprechen wir über eine Leistungsfähigkeit von mindestens 2 Megabyte pro Sekunde; dann funktioniert es schon ganz schön; es ist aber noch nichts Tolles. Wenn wir diesen Wert einmal auf Sachsen anwenden, dann haben wir nach unserer groben positiven Schätzung höchstens 50 % der Bevölkerung in Sachsen mit Breitband ausgestattet. Wenn wir dann noch schauen, wie viele davon Anschluss haben und diese Möglichkeit nutzen – dieser Wert liegt bei 30 bis 40 % – und sehen, wie viele davon es wirklich effektiv im Sinne von Breitband nutzen, dann könnte man überschlagen, dass heute eben höchstens 10 bis 15 % der sächsischen Haushalte und Unternehmen am Breitband sind, und das ist eine Katastrophe – sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bürger –, denn ein fehlender Internetanschluss ist auch ein Fehlen an Lebensqualität für die Bürger.

Was ist zu tun? Die Probleme, die immer wieder diskutiert werden: Was ist denn mit den OPAL-Netzen, mit den Glasfasernetzen, die gelegt wurden; ist das so ein großes Problem oder nicht? Das Hauptproblem ist, dass man nach wie vor nicht erkennen kann, warum die Telekom nicht in der Lage ist, diese Technik zu nutzen. Im Prinzip ist OPAL eine Glasfasernetztechnik. Glasfaser ist ja erst einmal eine super gute Technik, eine viel bessere Technik als eine kabelgebundene Technik. DSL ist nur in Kupferkabeltechnologie möglich. Der Westen hat die viel schlechtere Technologie; er hat im Großen und Ganzen nur Kupferkabel und darum durchgängig DSL.

Wir haben mit Glasfaser eigentlich eine viel bessere Technologie – sie ermöglicht eine viel größere Bandbreite –, aber diese Technik wird nicht adäquat genutzt. Der Druck auf die Telekom ist beliebig erhöht worden und trotzdem ist für uns noch immer nicht erkennbar, aus welchem Grund die Telekom diese Bereitstellung nicht ermöglicht.

Die Maßnahmen, die genannt worden sind, sind völlig richtig; es muss sich wirtschaftlich tragen. Aber es gibt durchaus diese Projekte der Nachfragebündelung, bei der wirklich 500 oder 1 000 Haushalte oder Unternehmen sagen, wir schließen uns an. Da brauche ich gar nicht den Taschenrechner auszupacken; das rechnet sich. Also muss man schauen, dass diese Netze breitbandfähig zur Verfügung stehen, um diese Technologie zu nutzen.

Ich würde letzten Endes sagen, Glasfaser ist der einzige Weg, der Sie hier retten kann. Jede Möglichkeit, mit Nebentechnologien zu arbeiten, führt vom Hauptziel ab, nämlich diese Glasfasernetze für sich zu nutzen.

Was bedeutet das im Umkehrschluss; was sollte man tun? Wir haben schon einige Vorschläge gehört. Ich sehe es auch so, dass die Frage der Netze sehr grundsätzlich geklärt werden muss. Wir schlagen dafür vor, dass wirklich unabhängige fachkompetente Experten diese Thematik aufarbeiten. Wir haben viele sachkompetente Gremien und Experten. Es ist so, wie es in den Beiträgen schon gesagt wurde: Man ist heute auf Gedeih und Verderb auf Auskünfte angewiesen. Da kann das Blaue vom Himmel erzählt werden und wir können es noch nicht einmal überprüfen. Das ist ein untragbarer Zustand, und das über Jahre. Seit circa acht Jahren diskutieren wir über diese Frage und kommen eigentlich nicht weiter. Das kann es nicht sein.

Wenn wir dann festgestellt haben, wo das Problem an dieser Stelle ist – also Unvermögen oder einfach nur Blockade –, haben wir eine klare Möglichkeit zu schauen, wie wir damit umgehen. Wenn klar ist, dass der bisherige Netzbetreiber offensichtlich nicht in der Lage ist, dann ist das Netz zu öffnen, das heißt, es ist eine Ausschreibung zu machen und die technischen Standards und Bedingungen sind festzustellen und durch einen Mitbewerber die Internetfähigkeit herzustellen.

Wenn man diesen Weg geht – und hier werden Sie auf jeden Fall jemanden finden, der diesen Weg mit Ihnen geht –, kann innerhalb von zwei Jahren ein sehr guter Netzaufbau erfolgen. Ich glaube sogar, dass aufgrund der Tatsache, dass wir hier schon viele Glasfasernetze haben, mit höherem Standard gearbeitet werden kann als bisher in den alten Bundesländern, –

Vors. Horst Rasch: Sehr geehrter Herr Fornefeld, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Dr. Martin Fornefeld: – und das wäre schön.

(Heiterkeit)

Vors. Horst Rasch: Ich bedanke mich für Ihr Reaktionsvermögen. – Jetzt wäre zwar Herr Burger an der Reihe; aber da Sie sich so gesetzt haben, bitte ich jetzt Herrn Dr. Andreas Brzezinski, Handwerkskammer zu Leipzig, um seinen Beitrag.

Dr. Andreas Brzezinski: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Gäste! Vielen Dank für die Einladung. Ich darf heute seitens der Handwerkskammer zu Leipzig, die ebenfalls Träger eines Kompetenzzentrums für elektronischen Geschäftsverkehr und in der Region Leipzig/Halle/Dessau beratend, informierend und sensibilisierend tätig ist, Erfahrungen zur Thematik Breitbandtechnologie vermitteln.

Seitens dieses Zentrums nehmen wir Aufgaben im Bereich der Information und Sensibilisierung unserer Mitgliedsunternehmen als auch der mittelständischen Unternehmen insgesamt in der Region wahr und verzeichnen jährlich mehrere Tausend Teilnehmer an Veranstaltungen und in Beratungen.

Wir können einschätzen, dass die Nutzung der elektronischen Medien im Freistaat Sachsen in den vergangenen 15 Jahren eine rasante Entwicklung genommen hat. Inzwischen kann davon ausgegangen werden, dass nahezu in jedem Unternehmen das Internet und die moderne IT Einzug gehalten haben. Dennoch haben wir einen unterschiedlichen Grad in der Breitbandversorgung.

Insofern kann ich an dieser Stelle nicht widerstehen, einen kurzen Kommentar zu meinem Vorredner abzugeben. Wir wollen uns heute bei dieser Thematik nicht mit der Rettung der sächsischen Wirtschaft beschäftigen, sondern es geht letztlich um die Sicherung der Dynamik der Wirtschaft. Ich denke, wir haben schon ein gewisses Niveau in der Wirtschaft erreicht. Es ist nicht so, dass wir hier das Mezzogiorno sind. Das möchte ich noch einmal abgrenzen, wobei ich natürlich verstehe, dass Sie sicher mit etwas anderen Emotionen zu dieser Thematik als überzeugter IT-Profi unterwegs sind.

Es gestaltet sich allerdings manchmal etwas kompliziert, da die Anforderungen an Applikationen in den einzelnen Unternehmen recht unterschiedlich sind. Die Sächsische Staatsregierung hat gerade Anfang der Neunzigerjahre die Thematik der IT-Nutzung durch Initiativen und Projekte sehr vorangetrieben. Einige Dinge sind in diesem Kontext bereits genannt worden. Auch derzeit besteht für die konkrete Umsetzung von Applikationen durch Unternehmen gerade im High-End-Bereich eine Förderlandschaft. Diese ist allerdings – da schließe ich mich meinem Kollegen Goedecke an – punktuell ausgerichtet und man vermisst manchmal die geschlossene Strategie, den Leuchtturm, auf den man sich letztendlich zubewegen will.

Die Verfügbarkeit der Breitbandtechniken im Freistaat Sachsen liegt, wenn man den Veröffentlichungen im Internet glauben darf, über dem Niveau der ostdeutschen Flächenländer. Es ist allerdings festzustellen – das ist auch deutlich geworden –, dass gerade in Bereichen des ländlichen Raumes – ich nenne stellvertretend in unserem Kammerbezirk die Landkreise Delitzsch bzw. Torgau-Oschatz – erhebliche Defizite und Lücken bestehen, die die Unternehmerschaft mit entsprechenden Sorgen erfüllen. Seitens der Unternehmen werden der Bedarf und die Artikulation dieses Bedarfes nach breitbandigen Techniken immer lauter.

Mit Blick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung wird dieser Bedarf entsprechend zunehmen. Das ist immer das Thema. Am Anfang wird nach einer gewissen Kommunikationsform gerufen und dann wird das Volumen entsprechend größer und steigt in der Dynamik an. Wir schätzen ein, dass die Verfügbarkeit von Breitbandtechnologien gerade bei der Ansiedelung von Mittelständlern ein Kriterium für eine Standortentscheidung ist.

Dennoch muss auch aufgrund der Entwicklung, die sich vollzogen hat, eingeschätzt werden, dass durch die technisch-technologische Entwicklung und die verfügbaren Infrastrukturen rein theoretisch Breitbandtechnologien überall verfügbar gemacht werden können – natürlich mit erheblichem technischen Aufwand. Einerseits möchte ich an das Thema erinnern: Wir haben gerade in einzelnen Bereichen sehr intensiv Glasfaserverkabelungen verlegt, auch im Zuge der Herstellung von Versorgungsnetzen im Bereich Gas – das kann ich zum Beispiel von der Stadt Leipzig sagen – bzw. bei entsprechenden Versorgungsleitungen durch Verbände, die sich engagiert haben. Aber die Kosten für diese technischen Lösungen sind sehr aufwendig, um letztlich DSL darüber verfügbar zu machen.

Ebenso ist sicher im gesamten Bereich des Freistaates die technisch und kostenmäßig noch aufwendigere Satellitentechnologie verfügbar. Insofern ist auch festzustellen, dass Telekommunikationsunternehmen den profitablen Netzausbau in den Ballungsräumen, in den Ober- und Mittelzentren, sehr viel stärker forcieren. Damit wird das Gefälle zwischen den städtischen und den ländlichen Räumen verstärkt. Diese Lücken müssen zweifellos geschlossen und die Hemmschwellen – das ist auch die Sicht des Handwerks – abgesenkt werden.

Eine Verfügbarkeit der Breitbandtechnik ist somit für die weitere Entwicklung in den Unternehmen unerlässlich. Aber ich sehe auch den Schwerpunkt, dass die Verfügbarkeit und die Nutzung dieser Techniken in den Schulen, öffentlichen Verwaltungen und Kindereinrichtungen einen sinnvollen Ansatz darstellen, um die Durchdringung der Gesellschaft durch diese Techniken zu verstärken. Häufig hat man

den Eindruck, dass es in bestimmten Bereichen an den entsprechenden Killerapplikationen fehlt, die diesen Durchbruch realisieren können.

In diesem Kontext sind sicher die Kommunen und auch die Verwaltung des Freistaates gefordert. Es gibt Beispiele, dass die Entwicklung und Nutzung dieser breitbandigen Technologien nicht in dem Maße vorangegangen sind, wie man sich das seitens der Wirtschaft gewünscht hat. Ich möchte das Thema elektronische Ausschreibung, elektronische Angebotsabgabe nennen. Dort wären ein wenig mehr Druck und eine größere Realisierung – die rechtlichen Voraussetzungen sind weitestgehend geklärt – schon wünschenswert. Das wäre auch im Interesse der Abläufe in den Unternehmen, dass man eine Ausschreibung der öffentlichen Hand heute medienbruchfrei bearbeiten könnte. Die Ausschreibungsunterlagen downzuloaden ist kein Problem. Das funktioniert inzwischen. Dass man das Angebot mit der entsprechenden Signatur bei jeder Ausschreibungsstelle abgeben könnte, wäre natürlich eine feine Sache.

Insofern wäre es wünschenswert – ich habe das Beispiel von Anfang der Neunzigerjahre gebracht –, wenn wir die Verwaltung des Freistaates wieder in vorderster Front, in der Vorreiterrolle, sehen könnten, letztendlich wieder in eine Pooleposition zurückzuführen.

Ähnliches gilt für das entsprechende E-Government-Projekt, das seitens der Sächsischen Staatsregierung aufgelegt wurde. Der Grundstein wurde gelegt. Wir durften der Presse entnehmen, dass auch die Auftragserteilung erfolgt ist. Ich muss allerdings sagen, die Details sind noch nicht klar erkennbar. Wir sind als Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern momentan dabei, uns mit der Problematik Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie und damit der Realisierung des einheitlichen Ansprechpartners zu befassen, wofür wir uns auch engagieren. Aber wir konnten bislang keine klaren Aussagen erlangen, wie weit dieses Netz, dieses Konstrukt der E-Government-Lösung des Freistaates letztendlich den potenziellen Interessenten für diese Thematik entgegenkommt.

Mit Blick auf den Punkt 2 des gestellten Antrages hinsichtlich der Nachfrageverstärkung ist es sicherlich erforderlich, dass im Bereich der öffentlichen Verwaltung die Voraussetzungen für den Einsatz der Breitbandtechnik in der Fläche geschaffen werden, um eine entsprechende Durchdringung zu erreichen. Das könnte durchaus ein entsprechendes Leistungsmerkmal unseres Freistaates werden.

Es sollten allerdings in dem Bereich des Ausbaus der Telekommunikationsinfrastruktur im ländlichen Raum weniger der Blick auf öffentliche Mittel ausgerichtet, sondern Lösungen gesucht werden, die technisch/technologisch machbar sind, um diese Datenraten zu ermöglichen. Es sollte allerdings schon die Frage gestellt werden, ob wir uns nun vorstellen, dass wir das Kupferkabel durch den gesamten Freistaat ausrollen; denn wir haben ja an anderen Stellen – ich möchte nur das Thema Abwasserinfrastruktur nennen – erhebliche Fixkostenprobleme dadurch, dass wir zwar eine gute Versorgung haben, uns aber letzten Endes auch einer demografischen Entwicklung gegenübersehen.

Insofern wäre vielleicht die Anleihe in der Abwassertechnik angesagt, die Suche nach dezentralen Lösungen. Wir haben das auch erlebt. Damit sehe ich schon dieses Thema der Satelliten- und Funktechnologien, ob man nicht beispielsweise sagt, in entlegeneren Regionen und Kommunen versucht man diese Ansätze verstärkt zu nutzen.

Das setzt allerdings voraus, dass eine koordinierende Funktion seitens der Staatsregierung, seitens der Verwaltung des Freistaates eingenommen wird; dass man in diesen Regionen, in denen es Versorgungsprobleme gibt, eine sinnvolle Kartierung vornimmt, dass man auch eine Bündelung der bestehenden Nachfrage vornimmt – das Beispiel war ja sehr schön dargestellt worden –, um eine wirtschaftliche Realisierung anzugehen.

Ich denke, wir werden es uns nicht leisten können, die heiß geliebten EFRE-Mittel dafür einzusetzen. Es sollte geschaut werden, ob man dies mit wirtschaftlichen Anbietern realisieren und dafür die Transaktionskosten – sprich: die Erstellung solcher Projekte und deren Ausschreibung – seitens der öffentlichen Verwaltung unterstützen kann.

Es wäre in dieser Situation fatal – trotz meiner erhobenen Forderung eines Nachfragepools –, die Kommunen gerade im ländlichen Raum damit allein zu lassen. Hier sollte die entsprechende Unterstützung angesetzt werden.

Ebenso skeptisch stehen wir den Ansätzen der Gewährung günstigerer Kreditkonditionen oder Steueranreize beim Aufbau von Breitbandnetzen gegenüber. Auch dort sollte man schauen, was gemacht werden kann, um wirtschaftskonform und nicht durch irgendwelche künstlichen Anreizmechanismen tätig zu werden.

Der Gedanke des Nachfragepools setzt eine Koordinierungsstelle voraus. Hier ist die Forderung eindeutig an die Exekutive zu sehen.

Wenn Mittel eingesetzt werden, um solche Projekte zu strukturieren, um dieses Marktfeld zu erschließen, dann aber bitte nur bis zu dem Punkt, da eine Koordination sinnvoll erscheint; also bitte nicht das Geld in der Erde vergraben.

Wünschenswert wäre, dass wir im Freistaat zu einer sinnvollen Berichterstattung kommen, und zwar nicht, wie im Antrag explizit formuliert, im Sinne der Beschreibung des Zustandes, sondern wirklich Fortschrittsberichte, die nicht in einer Darstellungsweise enden, wie wir es oftmals in der Mobilfunkwerbung haben: dass wir feststellen, wie viel Prozent der Bevölkerung versorgt sind, und wenn Sie mit dem Handy in den ländlichen Raum fahren, dann reißt die Verbindung ab. Es geht darum festzustellen, wie der Grad der Verfügbarkeit gemessen an der entsprechenden Fläche ist und wie wir als Freistaat vorankommen. Wenn wir dies entsprechend kommunizieren und publizieren, werden wir das als Standortvorteil voranbringen und einsetzen können.

Fazit: Aus Sicht des Handwerks sind Breitbandtechnologien ein wichtiges Instrument, um die wirtschaftliche Entwicklung zu forcieren, um die Attraktivität des Standortes zu steigern. Im Bereich Bildung, Kindergarten, Schulen, auch im Hochschulbereich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass diese Techniken verfügbar sind – wobei ich auch dort den Schwerpunkt nicht auf der Förderung sehen würde, sondern dort muss es aus regulären Haushaltsmitteln bestritten werden; Förderung sollte zusätzlich eingesetzt werden. Das ist eine Selbstverständlichkeit und die müsste verfügbar gemacht werden.

Die Wirtschaft ist sicherlich bereit, sich bei der Entwicklung dieser Infrastrukturen einzubringen. Das setzt voraus, dass entsprechende Hemmnisse abgebaut werden und eine Koordinierung gegeben ist. Ob das eine Koordinierungsstelle auf der Ebene des

Freistaates oder eine Gesellschaft ist oder ob es an eine bestehende Gesellschaft angehängt wird, würde ich dabei offenlassen wollen.

Vors. Horst Rasch: Vielen Dank, Herr Dr. Brzezinski. – Ich bitte jetzt Herrn Helmut Burger um seinen Beitrag; er spricht für die IHK für München und Oberbayern.

Helmut Burger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich bedanke mich für die Einladung. Ich bin bei der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und in dieser Funktion als Informations- und Kommunikationswirtschaftszuständiger derjenige, der in Bayern vor zwei Jahren die Breitbandinitiative begonnen hat. Ich bin zufällig dazugekommen: Ich habe vor Ort Veranstaltungen gemacht und mitbekommen, dass mehrere Gewerbegebiete nicht mit Breitband versorgt sind, und ich ging automatisch davon aus, dass DSL zur Verfügung stand, weil die Telekom mich damals gebeten hatte, eine Veranstaltung zu dem Thema Voice over IP – also Telefonieren über das Internet – zu machen, und dann hat sich herausgestellt, dass genau dort, wo wir die Veranstaltung gemacht haben, DSL nicht zur Verfügung stand.

Das war im Jahr 2003. So bin ich zu diesem Thema gekommen.

Seit zwei Jahren machen wir eine Breitbandinitiative in Bayern. Ich möchte sie kurz erläutern, bevor ich zum Schluss komme. Es waren drei Phasen. Die erste Phase war 2006. Ich nenne sie Problemwahrnehmung der Akteure. Die zweite Phase war die Sensibilisierungsphase. Das war 2007. Wir sind jetzt in der Förderphase. Zum Punkt staatliche Förderung, also zum Geld, kann ich noch etwas sagen.

Wenn heute jemand Bürgermeister werden will – und wir haben gerade Wahlkampf –, dann muss er eine plausible Antwort auf die Frage geben, wie er das mit dem Breitband sieht. Das ist in Bayern jetzt der Fall und das wünsche ich auch Ihnen; denn letztendlich sind wir in Bayern nur deswegen einen Schritt weitergekommen, da wir eine politische Initiative hatten. Ich kann all meinen Vorrednern nur zustimmen, vor allem Herrn Mantau, Frau Snelinski und Herrn Dr. Fornefeld. Nur, politisch müssen Sie auch umsetzen können, was da passiert. Das war eine Frage, die ich mir gestellt habe.

De facto ist es so: Als Industrie- und Handelskammer interessiert uns zunächst einmal, dass die Unternehmen vor Ort, am Standort, bleiben. Mittlerweile ist es auch in Bayern so – deswegen kann ich dem nur zustimmen, was vorhin gesagt wurde –, dass Immobilien nicht verkauft werden können, wenn sie keinen DSL-Anschluss haben. Solche Beispiele haben wir. Es wird tatsächlich nicht nur darum gekämpft, dass Unternehmen herkommen. Sie kommen nicht her, wenn sie keinen DSL-Anschluss haben. Man muss jetzt dafür sorgen, dass sie bleiben und dass sie schnellstmöglich einen Anschluss bekommen. Wir sind dabei schon in einer Krisensituation.

2006 bin ich zum Gemeindetag gegangen, habe mit dem Hauptgeschäftsführer gesprochen und gefragt, ob sie das Problem als Bürgermeister auch wahrnehmen. Er hat mich unverzüglich gebeten, vor der Jahresversammlung der oberbayerischen Bürgermeister einen Vortrag zu diesem Thema zu halten. Damals hatte ich den Eindruck, sie haben überhaupt nicht verstanden, wovon ich spreche. Auf der anderen Seite – wir sind noch in der Problemwahrnehmung der Akteure – haben sie offensichtlich verstanden, dass es ein Problem gibt, und haben wahrscheinlich vor Ort, daheim, mal nachgefragt, wie das so gesehen wird – Stichwort: DSL. Wahrscheinlich

haben sie festgestellt, dass es einige gibt, die schon ziemlich sauer sind, da sie kein DSL bekommen. Das haben sie offensichtlich mitgenommen, obwohl sie heute nur teilweise verstehen, worum es geht.

Es hat sich dann relativ schnell herumgesprochen, dass wir miteinander im Gespräch waren. Hinzu kamen der Städtetag und der Gemeindetag. Ich habe natürlich auch mit dem Wirtschaftsministerium in Bayern gesprochen. Innerhalb kürzester Zeit – es war noch 2006 – hatten wir eine Situation, in der sich alle Akteure relativ einig waren, etwas dafür tun zu müssen. Es gab ein Problem: Der Gemeindetag hat gesagt, der Staat muss Geld in die Hand nehmen. Der damalige Minister Huber hat gesagt, wir haben das Problem nicht so dringend, wie ihr euch das so denkt.

Von daher gab es eine politische Asymmetrie, die politische Energie darstellt. Das ist ein sehr wichtiger Punkt. Die erste Erkenntnis daraus war, dass man zunächst das Problem vor Ort artikulieren muss. Damit komme ich zum Thema Nachfragebündelung. Wir kamen mit dem Breitbandatlas der Bundesregierung überhaupt nicht zurecht. Diese Daten entsprechen nur ganz rudimentär dem, was wir vor Ort wahrnehmen. Deshalb konnte ich diesen Atlas nur dafür verwenden, einen Vortrag zu halten und zu sagen: Dort, wo es nicht ganz dunkelgrün ist, habt ihr ein Problem. Aber selbst dort, wo es dunkelgrün ist, könntet ihr auch ein Problem haben. – So genau sind die Daten.

Die Konsequenz daraus war, dass wir gesagt haben, wir machen eine Nachfragebündelung, und zwar vor Ort. Nur, wie bekommt man das hin, wenn die Bürgermeister nicht wissen, worum es geht. Übrigens, auch die Unternehmer wussten zum großen Teil nicht, worum es geht; denn wir von der IHK haben eine Blitzumfrage gemacht. Wir haben gefragt: Könnt ihr sagen, ob ihr DSL habt, oder nicht? Sie riefen massenweise bei mir an und sagten: Was fragen Sie? Ich habe keine Ahnung. Ich habe einen Dienstleister, der mir das macht. Wenn ich den PC einschalte, funktioniert es oder auch nicht und ich habe ein Problem. Das waren dann zum Teil die Probleme bei der Nachfragebündelung, da ich nicht einmal weiß, wie ich das Ganze erheben soll.

Aus den Gründen sind wir zu einem Konzept gekommen. Wir versuchen, ein Patenkonzept zu machen, Breitbandpaten vor Ort. Das sollen diejenigen sein, die nicht Bürgermeister sind. Von mir aus können es Bürgermeister sein, aber sie sollten bei der Verwaltung angestellt sein, damit eine gewisse Neutralität gewährleistet ist. Sie sollen ganz einfach fragen – über die Zeitung, ich bin jetzt der Breitbandpate –, wie viele Haushalte und wie viele öffentliche Einrichtungen Breitband brauchen, es nicht haben und es auch nicht bekommen. Das wird die Herausforderung.

Wir haben gesagt, okay, jetzt kann es natürlich sein – deshalb haben wir gesagt, wir müssen es pilotieren –, dass dieser Breitbandpate, ein armer Angestellter einer Kommune, von der ganzen Kommune verhaftet wird, und zwar von den Unternehmen genauso wie vom Bürgermeister, und dafür sorgen muss, dass das Breitband herkommt. Das würde ihn relativ schnell überfordern. Das ist übrigens teilweise das Problem. Aber wir haben es zunächst im Landkreis Erdingen pilotiert.

(Herr Burger verweist auf die PowerPoint-Folie.)

Wenn Sie die Landkarte von Bayern sehen, ist das in der Mitte, unten, dieser relativ rote Punkt. Die roten Flächen zeigen – das war vor einem halben Jahr – die tätigen Breitbandpaten Bayerns. Diese Breitbandpaten haben ein Portal. Wir haben ein Portal

gemacht und gesagt, wir stellen euch etwas zur Verfügung. Wie stelle ich etwas in die Zeitung ein? Wie gehe ich dabei vor? Wir haben sie online beraten. Danach haben wir gesagt, jetzt müssen wir etwas machen.

Punkt 1: Problemwahrnehmung der Akteure. Jetzt haben wir regelmäßige Sitzungen. Der Städtetag, Gemeindetag, Landkreistag, das bayerische Wirtschaftsministerium und mittlerweile das Landwirtschaftsministerium sind dabei.

Die Sensibilisierungskampagne war das Nächste. Wir sind durch ganz Bayern gegangen und haben neun Regionalmessen gemacht. Wir haben gezeigt, welche Alternativen es zur Telekomlösung gibt. Wir haben sehr viele Kleinunternehmen und Existenzgründer, die gesagt haben: Ich mache eine neue Existenz auf, um die Breitbandversorgung zu machen, da ich das Know-how habe. Ich war früher bei der Telekom angestellt usw. Wir haben insgesamt mehr als 30 Bürgermeisterdienstbesprechungen besucht, in dem Fall der Kollege vom Wirtschaftsministerium und ich. Wir haben versucht, die Situation zu erläutern. Wir haben somit insgesamt circa tausend Bürgermeister von 2 200 Gemeinden, die wir haben, erreicht. Ich muss sagen, mittlerweile ist es wirklich so, wie ich eingangs gesagt habe: Die Bürgermeister haben verstanden, worum es geht. Sie haben zum großen Teil auch verstanden, dass sie nicht aus der Verantwortung kommen, sondern dass die Lösung von unten nach oben genauso gehen muss wie von oben nach unten. Vorhin kam der Satz: Man darf sie nicht allein lassen. Das ist ganz klar. Aber sie sind allein überfordert – das ist auch klar.

Viele haben bei uns in Bayern Probleme mit Funklösungen, da sie Kopfweh bekommen. Wir haben solch ein Beispiel. Da ist ein Pfarrer in den Wald gezogen, weil er Kopfweh hat wegen eines Strahlungsmastes. Es hat sich herausgestellt, dass dieser noch gar nicht angeschlossen war.

Aber wir haben das Problem.

(Heiterkeit)

Wir haben das politische Problem. Wenn nach der Wahrnehmung Funk „böse“ ist, dann haben wir das politisch als Tatsache zu nehmen. Deswegen haben wir eine Studie gemacht, wie weit solche Dinge strahlen: Es ist weit unterhalb des Levels, was Handy betrifft. Das lässt sich auch sehr gut begründen. Wir haben diese Studie auch im Breitbandatlas veröffentlicht.

Insofern haben wir im letzten Jahr sehr viele Analysen gemacht. Am Anfang hat es so ausgesehen: Die runden Punkte zeigen nicht die, die bei uns im Internet sind, sondern nur welche, die zugelassen sind, vor allem Wirtschaftsförderer in den Landkreisen. Die runden Punkte sind die Aktivitäten der Breitbandpaten. So hat es damals noch in Bayern ausgesehen. Sie sehen unsere Pilotregion Erdingen vornweg. Wir haben mittlerweile von den 2 000 Kommunen knapp 600 Breitbandpaten. Die sind tätig und ermitteln die Nachfrage vor Ort.

Das zeigen wir natürlich den anbietenden Unternehmen. Es gibt schon sehr viele und tatsächlich auch glückliche Bürgermeister, die gesagt haben, ich habe eine Lösung gefunden. Ich will es nicht übertreiben – es ist nicht die Masse –, aber die, die es haben, sind sehr glücklich.



Wir kommen jetzt in die nächste Phase hinein. Sie wissen wahrscheinlich, dass Herr Seehofer Mitte 2007 bundesweit Mittel zur Verfügung gestellt hat. Dann hat unser Landwirtschaftsministerium in Bayern gesagt, das kofinanzieren wir, und damit hatten wir 9 Millionen Euro, verteilt auf drei Jahre.

Der zweite Punkt ist: Das Wirtschaftsministerium hat gesagt, da lassen wir uns auch nicht lumpen und geben noch einmal 10 Millionen Euro dazu – das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Mit diesen 19 Millionen Euro können Sie in Bayern überhaupt nichts anfangen.

Der Kollege vom Wirtschaftsministerium sagt immer gern: Ihr wolltet den Staat, jetzt habt ihr ihn. Wir haben nämlich jetzt ein riesiges Problem: Es müssen zwei Ministerien Fördermittel so verteilen, dass es gerecht ist, obwohl das Geld nicht reicht. Das eine wird von Berlin gesteuert, das andere von Bayern. Ich habe mit zwei Ministerien zu tun und die müssen ein Konzept entwickeln, wie man das Geld sinnvoll verteilt. Sie müssen einmal selbst versuchen zu definieren, wie man solches Geld gerecht verteilt.

Zu der Frage nach dem Staat müssen Sie auch schauen, dass es technologieutral ist; es müssen ja Ausschreibungen stattfinden. Die Ausschreibung muss vom Bürgermeister sein oder wir müssen erst einmal überlegen, wer die Ausschreibung machen darf und was das Ziel der Förderung ist.

Es läuft darauf hinaus – damit bin ich beim Schluss –, dass sich das Wirtschaftsministerium stärker auf wirtschaftliche Förderung konzentriert, also auf Gewerbegebiete und Agglomerationen. Da geht es schon los: Was eine Agglomeration von Wirtschaft ist, ist nicht definiert. Die Landwirtschaft wird sich mehr auf regionale Räume beziehen müssen; sie sind heftig am Definieren, wie man das macht.

Die Grundlage ist immer auch die Verantwortung vor Ort, das ist ein wichtiger Punkt. Vor Ort muss deutlich werden, dass sie es wollen; das heißt, es muss auch Geld dafür eingeplant werden. – So weit mein Beitrag; danke.

Vors. Horst Rasch: Herzlichen Dank, Herr Burger. – Ich bitte jetzt den Abschluss durch Herrn Ralf Berger zu vollziehen, Fachverband für Rundfunkempfangs- und Kabelanlagen; er kommt aus Lauchhammer.

(Der Vortrag erfolgt auf der Grundlage einer PowerPoint-Präsentation.)

Ralf Berger: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Der Fachverband für Rundfunkempfangs- und Kabelanlagen ist ein Branchenverband mittelständischer Kabelnetzbetreiber, der bundesweit organisiert ist und auch in Sachsen zahlreiche Mitglieder hat.

Als ich die Einladung bekam, zum Thema Breitbandoffensive in Sachsen zu sprechen, habe ich überlegt, wie ich mich mit meiner Expertise am besten einbringen kann. Aus der Erfahrung der Gespräche mit vielen Unternehmern ist mir eines wichtig: Ich möchte gern einen Abriss über die Breitbandtechnologien geben und lade Sie ein, in den wenigen 10 Minuten mit mir einen kurzen Flug durch die Technologien zu machen, damit Sie ansatzweise wissen, welche Breitbandtechnologien zur Verfügung stehen. Die Ausführungen meiner Vorredner haben mich dahingehend bestärkt, weil oftmals Breitband mit DSL gleichgesetzt und im gleichen Atemzug die Telekom genannt wird.

Ich möchte, um ein bisschen mehr Breite hineinzubringen, über leitungsgebundene Breitbandtechnologien, über funkgestützte, aber auch über die Möglichkeit, Internet via Satellit zu beziehen, sprechen.

Bei den leitungsgebundenen Breitbandtechnologien – DSL wurde genannt – gehe ich gern noch etwas ins Detail: Man kennt dort ADSL, ADSL2+ und SDSL. Das sind Kürzel, die Fachleute gern verwenden; ich will sie ein Stück weit auflösen: Das A steht für asymmetrisch – der Weg zum Kunden geht schneller als der Weg zurück. ADSL sind beschleunigte Technologien, die Bandbreiten zur Verfügung stellen, die bis zu 16 Megabyte ermöglichen und bei ADSL2+ bis zu 25 Megabyte ermöglichen. Das ist erforderlich, um über DSL-Leitungen Fernsehsignale in der Bandbreite zu transportieren. SDSL steht für symmetrische Verbindungen, also Technologien, die derzeit überwiegend verwendet werden, um Unternehmen anzuschließen, in Zukunft aber eine deutlich größere Bedeutung haben werden.

In jüngster Zeit gab es die Diskussion um VDSL. Dies ist ein Netz, das jetzt von der Telekom aufgerüstet wird mit der Bedingung an die Bundesregierung, den Wettbewerb eine ganze Weile außen vor zu halten und das Netz nicht öffnen zu müssen, um die sogenannten Pioniergewinne selbst in Anspruch nehmen zu können. Da steht die Bundesregierung im Widerspruch mit der Europäischen Union. Die Wettbewerbskommissarin will das schon anders sehen. Aber allein die Ankündigung, die Netze nicht zu öffnen, hat offensichtlich Alternativenanbieter – es gibt ja nicht nur die Telekom in der DSL-Versorgung, sondern wir haben Arcor, die QSC, die Versatel, die Telefónica als Wiederverkäufer von DSL. Es gibt eine ganze Reihe von Unternehmen, die auf der Basis der Regulierungskriterien der Bundesnetzagentur über die Teilnehmeranschlussleitung zum Kunden kommen.

Die Teilnehmeranschlussleitungen – das ist völlig richtig von den Vorrednern gesagt worden – sind aus Kupferdraht. Wir können für DSL die verfügbaren Telefonleitungen nutzen. Das ermöglicht den Anschluss eines Kunden, ohne in dessen Haus oder Wohnung bauen zu müssen. Das hat aber den Nachteil, dass die Leitungen nicht so lang sein dürfen. Mit längeren Leitungen sinkt die Geschwindigkeit der zur Verfügung stehenden Bandbreite. Das ist der Grund dafür, warum DSL in sehr heterogener Performance vorhanden ist. Selbst in dem grün gekennzeichneten Bereich – in der Karte ist die DSL-Verfügbarkeit in Sachsen zu sehen – und wenn mehrere Anbieter vorhanden sind, gibt es dezentral sehr große Unterschiede, was die Verfügbarkeit der Bandbreite betrifft. Sie nimmt mit der Entfernung der Leitung ab und hängt mit dem verwendeten Material und dem Querschnitt des Leiters zusammen. DSL ist also eine Sache auf Kupferbasis. Je kürzer die Leitung ist, desto größer kann die Geschwindigkeit sein.

Wir haben nicht nur DSL. Es gibt die Breitbandkabelnetze, die von der Leistungsfähigkeit her bis 35 Megabit übertragen können. Aufgerüstet werden sie herkömmlich genutzt für die Zuführung von Fernsehsignalen zum Kunden. Jetzt muss die Rückkanalfähigkeit hergestellt werden, das heißt, das Signal muss zurückgebracht werden. Das wird derzeit gemacht. Von der Kabel Deutschland, einem großen Versorger, auch hier in Sachsen tätig, ist ein sehr performantes Angebot zu guten Preisen am Markt. Aber auch zahlreiche mittelständische Unternehmen bieten das in Sachsen an. In Sachsen zählen wir 457 private Kabelanlagen, die regional tätig sind

und ganz innovative Projekte auch im ländlichen Raum anbieten. Auch in Rechenberg-Bienenmühle gibt es eine Kabelanlage, die sicher dafür qualifizierbar wäre.

Eine weitere Technologie – Breitbandkabelnetz ist performant –, die als adäquat anzusehen ist, ist Powerline-Communication. Man hat versucht, über die bestehende Stromleitung Breitband zur Verfügung zu stellen – auch eine Leitung, die sofort bis zum Endkunden, in die Wohnung verfügbar ist. Das hat man so nicht richtig durchführen können, da die oft modulierten Signale eine sehr hohe Abstrahlung verursachten, die andere Telekommunikationsinfrastrukturen stören. Man hat dabei gewisse Feldstärken einzuhalten, bei gleicher Frequenznutzung. Das ist durch die Bundesnetzagentur untersagt worden. Aber es gibt dennoch Versorger, die das anbieten.

Hier sind die Breitbandkabelnetzbetreiber in Sachsen aufgelistet und grafisch dargestellt. Das ist das Versorgungsgebiet der Powercom in Dresden mit Powerline. Aber es ist nur eine Randerscheinung. Es ist nicht wirklich in der Fläche verfügbar.

Anders sieht es mit funkgestützten Technologien aus. Ende vergangenen Jahres wurden die WiMAX-Frequenzen versteigert. WiMAX wurde an eine Zahl von Anbietern versteigert, die ihre Ausbaupläne bei der funkgestützten Versorgung mit Breitband entsprechend vorsehen. In den Schritten 2009 und 2011 müssen 15 bzw. 25 % der Fläche, für die die Lizenz erworben wurde, ausgebaut sein. Da ist noch etwas zu erwarten. Auch in Sachsen gibt es fünf Anbieter, die sich für diese Frequenzen in verschiedenen Regionen interessiert und geboten haben und jetzt zum Erhalt der Lizenz zum Ausbau dieser Gebiete aufgefordert sind.

Des Weiteren funkgestützt: UMTS war einmal bei der Versteigerung der UMTS-Frequenzen groß im Gespräch. UMTS wird mit einer Nachfolgetechnologie – HSDPA heißt sie – nochmals schneller. Mit dieser Beschleunigung kommt man über den UMTS-Standard auf 3,6 Megabit. Hier als Beispiel die Ausleuchtung der Deutschen Telekom T-Mobile. – Das ist die Netzabdeckung von Vodafone oder von e-Plus. Auch da gibt es eine Infrastruktur, die eine Breitbandanbindung ermöglicht.

Weiterhin gibt es die Versorgung mit sogenannten WLANs im 2,4-Gigahertz-Frequenzbereich. Neuerdings ist sie im 5-Gigahertz-Frequenzbereich freigegeben worden. Damit sind größere Reichweiten und mehr Bandbreite möglich. Diese Technologien werden derzeit benutzt, um Breitbandanschlüsse in diese weißen Flecken zu bringen. Es werden Funkbrücken geschlagen und eine Funkverteilung aufgebaut mit all den Akzeptanzproblemen, die es dabei geben kann.

Die digitale Dividende ist schon angesprochen worden. Dazu muss man wissen, dass die bisherige analoge Übertragung von Fernsehsignalen eine breitere Bandbreite als die digitale in Anspruch genommen hat. Wir haben den Faktor 1 : 8. Es sind acht digitale Programme auf der Bandbreite zu übertragen, wo ein Analogkanal war.

Zur frei werdenden Bandbreite läuft auf europäischer Ebene ein Verfahren, wo eine Frequenzvergabe dieser Frequenzen angestrebt wird. Aufgrund der Frequenzen, die dort benutzt werden, sind weniger Sendemasten erforderlich. Die Reichweite ist wesentlich größer. Die Investitionen in ein solch abgestütztes Funknetz sind nicht so hoch wie bei UMTS oder bei den anderen Funktechnologien. Das ist etwas, was man gestalten kann. In meinem Fazit komme ich noch darauf zu sprechen.

Wir haben die Internetlösung über Satellit.

Zwei-Wege-Satellitenverbindungen sind überall verfügbar – es braucht ein bisschen Hardware. Die Kosten für den Internetzugang sind logischerweise auch etwas höher, aber sie sind flächendeckend verfügbar; es gibt sie von verschiedenen Anbietern.

Das ist das Spektrum der Technologien, die wir haben.

Wo geht es hin, welche Bandbreite, was ist Bandbreite? Ist 128 Kilobyte Bandbreite oder fängt das erst bei 2 Megabit an? Was haben wir für eine Zukunft zu erwarten? Wir sprechen in der Zukunft, in sechs bis sieben Jahren, sicherlich von einer Bandbreite, bei der man im Endbenutzerbereich 4 bis 6 Megabit – so spricht man in der Branche – haben sollte, und das nicht in jetzt verfügbarer asymmetrischer Technik, sondern wir gehen davon aus, dass es symmetrische Anschlüsse sein werden, weil in diesem Web 2.0 die Nutzer zunehmend mehr eigene Inhalte auf ihren Rechnern zur Verfügung stellen. Schauen Sie sich an, was die Leute bei YouTube alles so ins Internet stellen. Der Nutzer wird auch Produzent von Inhalten; deswegen werden in Zukunft eher symmetrische Anschlüsse vonnöten sein.

Ich will zu meinem Fazit kommen. Der Breitbandanschluss ist unstrittig ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen wie auch wichtig für private Bürger, wobei nicht jeder, der einen Breitbandanschluss hat, diesen auch intensiv nutzt. Da gibt es sicherlich Differenzen. Bei der Diskussion um dieses Thema haben wir die Wahrnehmung von denen, die Bedürfnisse haben; aber da, wo der Breitbandanschluss verfügbar ist, haben wir dennoch ein Defizit, dass er dann auch so zur Nutzung kommt.

Wir haben verschiedene Technologien, die im Wettbewerb miteinander die Breitbandabdeckung realisieren können. Was hier als Defizit geäußert wird, ist für die Wirtschaft eine Chance. Wir haben sehr viele Möglichkeiten; deswegen ist zu begrüßen, wenn es zu einer Bündelung der Nachfrage kommt, wenn es zu einer Koordination kommt. Das ermöglicht Unternehmen, Investitionen zu koordinieren und gezielt in die Märkte zu investieren.

Deshalb an dieser Stelle mein Aufruf, die regulierende Funktion bei solchen Dingen beim Staat zu belassen. Eine direkte finanzielle Unterstützung der Infrastruktur ist meines Erachtens nicht wünschenswert. Stellen Sie sich vor, der Staat baut eine Infrastruktur – wir sprechen über next generations networks, Netzwerke der nächsten Generation. So wie wir Internet jetzt nutzen, ist es nur zum Anschauen von im Netz bereitgestellten Inhalten. Auf dieser Infrastruktur werden Videos zum Fernsehen transportiert. Wir werden über diese Infrastruktur telefonieren, und deswegen brauchen wir Geschäftsmodelle, bei denen die künftigen Dienste mit der jetzigen Infrastruktur verknüpft werden, um die Finanzierung der Infrastruktur aus den Diensten zu ermöglichen. – Danke.

Vors. Horst Rasch: Ich bedanke mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Berger. – Damit noch einmal allen Sachverständigen herzlichen Dank für ihre Beiträge.

Wir gehen jetzt zu dem Teil über, in dem die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten die Möglichkeit haben, Ihre Beiträge zu hinterfragen oder erweiternd Fragen zu stellen. – Bitte, Herr Prof. Bolick.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Ich habe eine ganze Menge Fragen. Wir sprechen hier über ein Problem und nicht nur ich habe eine Schwierigkeit damit, das Problem zu quantifizieren. Ich bin Herrn Berger dankbar, dass er schon einiges dazu beigetragen hat, wie es in Sachsen aussieht, und ich muss feststellen, Herr Fornefeld: Ihre Information, die Sie aus NRW mitgebracht haben, scheint doch etwas älteren Datums zu sein, denn wenn ich die Karte richtig interpretiert habe, sieht es in Sachsen beispielsweise gar nicht so viel schlechter aus als in Bayern.

Die Frage geht an alle: Wer ist in der Lage, das Problem zu quantifizieren: zum einen das Verhältnis der Regionen in Sachsen – bezogen auf die drei Regierungsbezirke –, das Verhältnis Sachsen bezogen auf die neuen Bundesländer oder die Einordnung Sachsens im Bundesmaßstab insgesamt? Herr Jánoszi hatte einige interessante Zahlen von Deutschland gebracht, wie viel Prozent angeschlossen sind, wie viele davon DSL nutzen können. Haben Sie die Zahlen eventuell auf Sachsen heruntergebrochen? Wir als Abgeordnete müssen ja entscheiden, ob wir etwas machen, oder vielleicht bewegt es sich sowieso schon in die richtige Richtung. Dazu brauchen wir Zahlenmaterial, das uns in die Lage versetzt, das Problem einzuschätzen.

Vors. Horst Rasch: Meine Dame, meine Herren, wer kann uns mit möglichst konkreten Zahlen helfen?

(Heiko Hilker, Linksfraktion: Das Ministerium!)

– Auch ein Ministerium kann vermutlich nur das wissen, was andere zugearbeitet haben. – Ich sehe eine Wortmeldung von Herrn Burger.

Helmut Burger: Die Frage haben wir uns auch gestellt. Die Zahlen sehen so aus – sie kommen hauptsächlich von der Telekom –, dass wir von einem Verfügbarkeitsgrad von 97 % sprechen; darin sind aber die Ballungsgebiete enthalten. Wenn Sie die Ballungsgebiete wie Dresden herausnehmen, dann kommen Sie auf einen Versorgungsgrad von 50 bis 60 %.

Diese Zahlen habe ich mir ein Jahr lang durch den Kopf gehen lassen, wir haben sie immer wieder diskutiert. Deswegen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, wir können nicht damit arbeiten. Wir wollten wissen, wo die Probleme sind, die wir lösen müssen, und deswegen haben wir es umgedreht.

Ich kann Ihnen sagen, dass wir 570 Breitbandpaten haben, die Probleme artikulieren. Dem steht die Aussage der Bundesregierung gegenüber, dass wir bundesweit nur 700 Gemeinden mit einem Problem haben. Das heißt, wir konnten es nicht hinbekommen. Wir bekommen es nur so hin, dass wir die Frage umdrehen und fragen, wer ein Problem hat, das wir lösen müssen, und dann fragen wir, mit welchen Technologien und mit welchem Geld wir herangehen müssen. – Das ist unsere Antwort darauf.

Vors. Horst Rasch: Vielen Dank. – Herr Jánoszi, bitte.

Sven-Gábor Jánoszi: Sie haben mich konkret angesprochen. Ich kann Ihnen an der Stelle nicht weiterhelfen. Die Studie, die ich zitiert habe, ist die jährlich gemachte ARD-ZDF-Online-Studie. Dabei werden knapp 2 000 Personen bundesweit telefonisch befragt und die Ergebnisse repräsentativ hochgerechnet. Da gibt es wirklich nur das

bundesweite Ergebnis. Eine Auswertung für Sachsen kenne ich davon nicht. Selbst wenn es sie gäbe, würde sie sicher nicht genügen, um ganz definitive Aussagen für die Gebiete und die Versorgung zu treffen.

Vors. Horst Rasch: Danke. – Herr Dr. Fornefeld und danach Herr Dr. Goedecke, bitte.

Dr. Martin Fornefeld: Es ist interessant, dass man diese Zahlen gar nicht so einfach benennen kann. Das scheint ein Teil des Problems zu sein. Ich habe eine sehr geringe Zahl genannt. Ich habe auch gesagt, 2 Megabit pro Sekunde ist mein Kriterium. Das ist genau das Problem. Wir bekommen natürlich durch Bündelung von Kanälen irgendwie 126 Kilobit pro Sekunde hin. Aber machen wir uns nichts vor! Das ist nicht wirklich Breitbandinternet. Das ist schon ein Problem.

Ich habe mit verschiedenen Ansprechpartnern bei der Telekom gesprochen. Es gibt die Aussage: Wenn wir 2 Megabit pro Sekunde ansetzen – und das ist wirklich nicht superschnell –, dann haben wir etwa 2 500 Kommunen in Deutschland, die keinen Anschluss haben. Das ist eine sehr hohe Zahl. Für mich heißt das auch – an und für sich ist die Forderung ganz klar –, wir brauchen ein noch viel besseres Monitoring und Reporting, damit wir das Problem noch besser fassen können. Daher kommen auch meine so geringen Zahlen. Wenn man diese 2 Megabit ansetzt, dann sind wir wahrscheinlich wirklich bei 50 bis 60 % in Sachsen, die diese Geschwindigkeit machen können. Das ist natürlich eine sehr niedrige Zahl.

Dr. Manfred Goedecke: Ich möchte noch einmal anschließen an das, was ich gesagt habe. Ich denke, der Weg von Herrn Burger ist der einzig gangbare. Niemand hat Zahlen zu unserem Problem, nicht nur in der Verfügbarkeit, sondern nachfolgend in der Nutzung. Dazu ist das Monitoring erforderlich, da die Probleme dort entstehen. Die fehlende Koordinierungsstelle – er ist Koordinierungsstelle für Bayern – ist hier das Thema. Wir müssen uns eigene Monitoringsysteme aufbauen. Wünschenswert wäre es, wenn es dann auch über die Bundesländer zu einem deutschlandweiten oder europaweiten Monitoring käme. Aber, ich denke, wir müssen hier anfangen. Hier ist der Ausgangspunkt, so etwas in Auftrag zu geben. Fachleute gibt es genug. Die technischen Dinge sollten dann diskutiert werden, aber ohne solche Vororterhebungen und sinnvollen Abgrenzungen ist überhaupt kein Fortschritt zu erzielen. Das müsste sehr schnell in Angriff genommen werden. Dafür ist einer verantwortlich. Den siedele ich natürlich irgendwo in der Nähe der Verwaltung an. Herr Burger ist bei der IHK. Das muss nicht so sein; es gibt auch andere, es kann auch in dem Haus selbst sein. Herr Weber sitzt dort hinten. Auch in der sächsischen Verwaltung haben wir sehr fähige Leute, die diesen Prozess leiten können.

Vors. Horst Rasch: Danke schön. Die nächste Fragemöglichkeit hat Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Das Thema Datenlage ist schon desaströs. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, dass die Telekom auf eine Anfrage meines Fraktionskollegen Torsten Herbst im Sommer letzten Jahres es abgelehnt hat, die Verfügbarkeit von DSL-Anschlüssen in Sachsen überhaupt bekannt zu geben, sodass die Staatsregierung gar nicht in der Lage war, auf die von uns gestellte Frage zu antworten. Das zeigt eigentlich, wo wir zum Thema Information, Datenlage und Monitoring momentan stehen.

Für mich ergibt sich die folgende Frage und ich weiß nicht genau, wer sie beantworten kann: Ausgehend von der Tatsache, dass eine Bereitstellung von Breitbandanschlüssen eine öffentliche Aufgabe ist – es der Staat zu gewährleisten hat –, stellt sich für mich die Frage, in welcher Form er das tun kann oder muss. Ist es erforderlich, eine staatliche Infrastruktur – wie im Straßenwesen – zu schaffen, oder gelingt es, durch andere Maßnahmen dafür zu sorgen, dass im wettbewerblichen System in vertretbarer Zeit – das möchte ich betonen – diese Leistung erbracht wird?

Wenn das Zweite der Fall ist, geht die Frage an die Kollegin oder Kollegen Experten, die Erfahrung haben: Welche Maßnahmen müssten es sein, die wir hier ergreifen müssen, dass wir durch ein wettbewerbliches System möglichst schnell diese öffentliche Aufgabe sichern können?

Vors. Horst Rasch: Herr Burger, Sie möchten darauf antworten?

Helmut Burger: Ich möchte es sofort korrigieren. Der Staat hat nicht die Aufgabe. Das ist eine Forderung, die heute auch gestellt wurde, aber im Gesetz steht es nirgends so drin.

(Sven Morlok, FDP: Ich habe das für mich so formuliert!)

Wir sind uns darin einig, dass etwas getan werden muss. Dahinter steht die Frage, welche Rolle der Staat spielt. Aber es ist nicht so, dass ein Versorgungsauftrag – ähnlich wie beim Telefon – da ist. Das ist eine Forderung. Sie ist momentan nicht so interpretierbar, dass er etwas machen muss. Das war ein Punkt, den Sie angebracht haben: der Universaldienst. Dazu muss ich sagen: Wenn man in diese Richtung – die Frage nach dem Staat – diskutiert, muss man sagen, wir haben jetzt schon mitbekommen, dass wir Schwierigkeiten haben, eine Definition von Breitband hinzukriegen. Ich finde es unglaublich, dass immer noch über 128 Kilobyte pro Sekunde von Breitband gesprochen wird. Ich habe mir eine Umfrage von solch einem Breitbandpaten vorgenommen. Er weiß gar nichts von diesen Diskussionen. Er sagt, ich will 16 Megabit, aber pronto, und zwar sofort.

Das suggeriert Ihnen die Werbung. Wenn Sie die Frage stellen, was der Staat machen muss, und Sie wissen, dass eine Dynamik der Bandbreiten vorhanden ist – ich stimme auch nicht zu, dass wir in vier Jahren über 16 Megabit sprechen, ich glaube eher über 200, weil wir neue Technologien haben werden –, wie wollen sie diese technische Dynamik in den Griff bekommen? Das ist die Frage, die man damit verbinden muss. Das geht nicht mit dem Staat. Ich denke, das ist relativ klar. Das war auch der Grund, warum man die Telekom sozusagen „entstaatlicht“ hat. Diese Dynamik bekommen Sie nur mit dem Markt.

Das kann dazu führen, dass der Staat am Schluss schon noch eine Rolle spielt, nämlich dort, wo es richtig schwierig wird und wo sozusagen selbst ein Kleinanbieter – – Dazu ein paar Zahlen: Die Telekom sagt, unter 200 Haushalte interessiert schon längst nicht mehr, und zwar deshalb, weil sie mit einer bestimmten Technologie hinkommen, die DSL heißt. Dafür brauchen Sie richtig viel Know-how und Geld. Ein kleiner Mittelständler kommt her und sagt, ich baue Ihnen eine Antenne, die kostet 100, 300 oder 2 000 Euro. Da reden wir über ganz anderes Geld.

An einem Punkt kommen wir nicht vorbei: Der Markt muss erst einmal funktionieren und dann stellt sich die Frage nach dem Staat – nicht nur deswegen, weil es sehr teuer ist, wenn der Staat zu früh einsteigt, weil dann jeder sagt, ich will das von der Telekom mit dieser Technologie. Das ist nicht bis in die letzte Meile zu machen. Das ist eine ganz gefährliche Frage, wenn man sie zu einseitig betrachtet.

Wir haben größte Probleme, unsere Fördergelder zu verteilen. Wir stellen uns die gleiche Frage: Sollen wir fördern bis zu 2, bis zu 3, bis zu 16 Megabit oder sollen wir Glasfaser fördern, denn das ist ja die next generation von Technologie? Wir wissen es nicht. Wir sagen jetzt einfach, wir nehmen eine Grenze an, aber das ist das entscheidende Problem dahinter.

Das heißt, am Anfang müssen Marktmechanismen reagieren, zumal – diese Nachfrage ist auch schon mehrmals angedeutet worden – dort, wo DSL zur Verfügung steht, es nur 37 % sind – das ist die Zahl, die ich kenne –, die es wirklich nutzen.

Vors. Horst Rasch: Herr Goedecke, bitte.

Dr. Manfred Goedecke: Ich denke, der Schlüssel liegt bei der Generierung der Nutzung. Wir haben von Herrn Berger gehört, die technischen Möglichkeiten sind vorhanden, natürlich in einem Kostenspektrum.

Um das Beispiel von vorhin heranzuziehen: Der Bund schreibt den Unternehmen ab 01.07. nächsten Jahres dieses Online-Zollverfahren vor. Dort sind – natürlich ist es auch mit darunter liegenden Möglichkeiten machbar – 2 MB empfohlen. Damit ist schon ein Druck aufgebaut. Es gibt keine Alternativen mit Papier. Die Frage, was sich der Bund angesichts der jetzigen Situation vorgestellt hat, ist eine ganz andere. Wenn wir hier den Staat in die Pflicht nehmen, müssen wir ihn sicher in die ganze Frage Forschung und Entwicklung einbeziehen – all die Dinge, die Sie gehört haben, sind kombinierbar, in vielfältiger Form –, das zu entwickeln. Unsere Glasfaservorteile, die es ja gab und die sich jetzt nur durch das Kupfer – wenn ich Ost-West-Probleme ausführen würde, die hier eine gewisse Rolle spielen –; wenn ich da investiere, diese verschiedenen Technologien verfügbar, kombinierbar auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnitten zu machen, ist das die erste Aufgabe.

Die zweite Aufgabe ist, wie Herr Burger gesagt hat, vor Ort wirklich die Nachfrage zu bündeln und die sehr große Unkenntnis über die verschiedenen Technologien und ihre Kombinierbarkeit organisiert zu beseitigen, um die Nutzungen zu generieren und nicht nur zu sagen, ich hätte gern den DSL-Anschluss; sondern was passiert denn dann auf dem DSL-Anschluss. Dort müssen Nutzungen, gerade bei Unternehmen, mühselig implementiert werden. – Ich spreche aus zehn Jahren Erfahrung als Kompetenzzentrum.

Das Problem ist die Nutzung, und bei der Nutzung entsteht ja wieder eine Reihe von Problemen, die man organisiert angehen kann. Wer löst die Probleme, die jetzt im Online-Recht bestehen? Das ist wieder der Staat, der die Regeln zu schaffen hat. Wer löst die Probleme des Datenschutzes, die bei solchen Dingen entstehen?

Der Staat sollte sich aus dem Netz und solchen Dingen heraushalten. Er muss die Verfügbarkeit durch entsprechend organisiertes generalstabsmäßiges Herangehen unterstützen. Wir haben ja als Sachsen in den Neunzigerjahren bewiesen, wie es beim



Ausbau der Telekommunikation und bei der Einführung der IT-Technologien ging. Das ist aus meiner Sicht generalstabsmäßig gelaufen. Da gab es die sächsische Informationsinitiative. Warum knüpfen wir nicht an diese Erfahrungen an? Dann haben wir alle Partner am Tisch – die privaten, die kommunalen, die Wirtschaft – und die ergänzen sich in ihrer Nutzung auf verschiedenste Formen. Die Privaten sind Nachfrager, die Wirtschaft hat Chancen, gerade bei den Technologien, und das potenziert die Entwicklung sowohl technisch als auch in der Nutzung dieser Potenziale.

Vors. Horst Rasch: Herr Dr. Fornefeld, bitte.

Dr. Martin Fornefeld: Der entscheidende Punkt ist: Warum funktioniert es denn nicht? Es funktioniert kein Wettbewerb. Wir haben in Sachsen keinen medialen Wettbewerb, weil wir letzten Endes noch mehr oder weniger monopolistische Strukturen haben. Das ist das Thema, das wir angehen müssen. Wir brauchen mehr Wettbewerb, um im Wettbewerb die Dynamik hinzubekommen.

Wir sehen in allen Bereichen, in denen der Wettbewerb durch verschiedenste Maßnahmen forciert wird – und Maßnahmenbündelung ist ja so etwas: die Braut wird schön gemacht –, dass es dann auf einmal funktioniert. Wir brauchen wettbewerbliche Strukturen und da, wo der Wettbewerb nicht funktioniert, muss man vielleicht regulativ eingreifen. Dafür haben wir aber auch entsprechende Gremien. Das ist der Weg und so könnte es funktionieren.

Vors. Horst Rasch: Herr Brzezinski, bitte.

Dr. Andreas Brzezinski: Noch einen kurzen Nachtrag dazu. Wettbewerb kann es auch im Nachhinein, wenn er denn entsteht, richten, aber es wird immer – vor allem aus der medienpolitischen bzw. verfassungspolitischen Sicht gesehen – Flecken geben, auf denen es sich einfach nicht rechnet, Leute mit Breitband zu versorgen.

Diese Menschen haben aber das gleiche Recht auf Informationsfreiheit und der Staat hat dafür zu sorgen, dass sie den gleichen Zugang bekommen, zu den gleichen sozial verträglichen Preisen wie in Leipzig oder Dresden, wo es sich eben rechnet. Dafür muss der Staat sorgen.

Vors. Horst Rasch: Herr Dr. Gerstenberg ist mit seinen Fragen an der Reihe.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Ich bin insbesondere den Vertretern der Kammern dankbar, dass sie auf die Nachfragewirkung eingegangen sind. Ich würde gern noch einmal von der Runde ein Meinungsbild haben, welche Rolle die öffentliche Hand – vom Freistaat bis zu den Kommunen und den sonstigen Einrichtungen – spielen kann. Wie schätzen Sie die bisherige Breitbandanwendung der öffentlichen Hand ein und welche Angebote sollten generiert werden, um die Nachfrage auch in versorgungsschwachen Gebieten zu stärken?

Vors. Horst Rasch: Wer fühlt sich berufen? – Bitte, Herr Dr. Brzezinski.

Dr. Andreas Brzezinski: Dort sind wir momentan noch relativ weit im Bereich der Anfänge unterwegs. Wir haben natürlich entsprechende Infrastrukturen im Bereich der Verwaltungsnetze, in denen man versucht hat, irgendwann einmal eine Datenautobahn zu bringen, aber die Frage nach den direkten Applikationen, wo man sagt, dort habe ich

die Einstiegsschwelle, ich brauche jetzt x Megabit, um diese zu erreichen, ist aus meiner Sicht im Wesentlichen kaum vorhanden.

Spannend würde es an der Stelle, wenn Sie das Unternehmen haben, das ein Projekt in elektronischer Form erstellt hat und sagt, ich mache jetzt das gesamte Angebot einschließlich als Architekt der Zeichnung und Konstruktion und schiebe dies per Datenleitung an die entsprechende Vergabestelle.

Als Anwendung funktioniert heute weitestgehend die Bereitstellung von Ausschreibungsunterlagen. Aber das wissen Sie selbst; das sind ein paar nette Dokumente, die man aus Textformaten bzw. aus entsprechenden Konstruktionsdaten herausnimmt. Das Spannende wird wirklich der Punkt sein: Bekomme ich die geschlossenen Angebote? Kann ich sie entsprechend durchreichen? Aber ansonsten sehe ich in dem Bereich noch erhebliche Potenziale bzw. – um es ganz deutlich zu sagen – wir sind noch weitestgehend in den Kinderschuhen, was die reine öffentliche Verwaltung anbelangt.

Wir haben ein erhebliches Gefälle an den Voraussetzungen, wenn man sich die einzelnen Ebenen der Verwaltung anschaut. Behörden des Freistaates, nachgelagerte Unternehmen und Einrichtungen sind sicher auf einem sehr guten Niveau. Wir haben Oberzentren, wenn ich mir die Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz mit sehr guten Voraussetzungen anschau. Das fällt natürlich exponentiell in den ländlichen Raum hinein ab. Wir haben teilweise Kommunen, bei denen man nachfragen muss, ob sie eine E-Mail haben und wie es letztendlich geht. Dort sind wir im Bereich der Verwaltung fernab von diesen Prozessen.

Ich denke, wir müssen im Freistaat erreichen, dass ein durchgängiges Niveau gegeben ist. Wir haben sehr große Erwartungen, dass das mit der E-Government-Lösung dann realisiert wird.

Ein weiteres Thema möchte ich kurz anreißen. Momentan haben wir die Diskussion um dieses Geo-Informationssystem, das man in der Vorbereitung hat. Auch dort ist eine Applikation im Entstehen, woran die Kommunen natürlich Erwartungen haben und den Druck entsprechend erhöhen werden. Wie gesagt, es wächst ein wenig aus den Oberzentren heraus. Es wächst sozusagen aus den Zentralen heraus. Je weiter man nach außen kommt, sinkt es gegen null ab.

Vors. Horst Rasch: Herr Burger, bitte.

Helmut Burger: Wir haben festgestellt, dass es bestimmte Branchen gibt, die Breitband brauchen. Zum Beispiel Autohändler müssen breitbandig mit mindestens 1 Megabit pro Sekunde an die Hersteller angebunden werden. Die Hotels, der ganze Tourismusbereich, müssen ihre Betten im Internet pflegen, weil diese Dinge mittlerweile über Internet verkauft werden und nicht mehr übers Reisebüro. Und wenn übers Reisebüro, dann geht das auch über Internet. Wir müssen die Branchen anschauen. Das ist das, was E-Business betrifft.

Den zweiten Punkt finde ich fast kritischer, denn ich denke, das wird sich nicht linear entwickeln. Das ist E-Government. Seit einer Weile haben wir die ELSTER-Lösung, die bundesweit vorhanden ist. Ab 2009 müssen diese ganzen Lohnsteuerdinge digital signiert werden. Das heißt, da baut sich immer mehr auf.

Den nächsten Punkt, den ich sehe – da stimme ich meinem Vorredner zu –, sind die Geo-Informationssysteme. In unserem Breitbandportal haben wir auch ein Geo-Informationssystem hinterlegt.

Das Nächste, was man unterschätzt, ist die Sache mit E-Health. Ich habe lernen müssen, dass es in den ländlichen Gebieten ein Problem gibt: Die Hausärzte haben eine gewisse Altersstruktur, sie geben nach und nach alle auf. Der Gemeindegeldgeber will händelnd dafür Sorge tragen, dass neue Ärzte sich als Hausärzte und nicht als Fachärzte ausbilden lassen. Wenn Sie diejenigen, die heute studieren, als Hausärzte in der Region haben, dann wollen diese nicht mehr die alten Methoden anwenden, sondern sie sagen, sie wollen die Computertomografie, die in Dresden erstellt wurde und im Krankenhaus ist, hier vor Ort sehen, und zwar online. Wir haben erste Unternehmen, die nichts anderes als Gesundheitsdatenbanken anbieten. Das ist ein Beispiel aus der Praxis. Sie sagen, ich bin in diesem Gewerbegebiet, ich biete das den Ärzten an. Dann brauchen Sie eine ordentliche Bandbreite, wenn Sie solch eine Computertomografie über den Äther schieben wollen. Ich denke, dass sich das Ganze relativ schnell summiert und auf einmal ein Sammelproblem sein wird.

Vors. Horst Rasch: Herr Dr. Goedecke, bitte

Dr. Manfred Goedecke: Herr Gerstenberg, ich denke, wir müssen vielleicht die Zielstellung genau hinterfragen. Wollen wir durch die staatlichen Angebote, die staatlichen Nutzungsmöglichkeiten, private und unternehmerische Bereiche erreichen, die über normale und andere Wege schwerer zu solch einer Nutzung kommen? Ich sage für die Unternehmen: Es gibt eine ganze Reihe von Branchen, die im internationalen Geschäft sind, IT-Leute und andere. Da entwickelt sich das aus dem „be to be“. Sie zwingen dann auch technologische Lösungen herbei, die sie bezahlen, egal wie sie aussehen. Sie schaffen sie selbst. Sie rufen auch nicht nach dem Staat.

Branchen, die in dieser Frage etwas zurückhaltender sind und das von den Geschäftsprozessen her nicht benötigen, sind die Zielrichtung. Damit bin ich sofort bei den Formalien. Lassen wir mal Bürokratieabbau weg, was natürlich vieles vereinfachen könnte. Ausschreibung ist von Dr. Brzezinski genannt worden. Das, was der Bund mit dem Atlas macht, halte ich für eine ganz klasse Sache, weil er im Prinzip die Alternativen abschneidet. Ich bin online gezwungen, egal in welchem Bereich ich tätig bin und mit welchen Dingen ich zu tun habe. Dann suche ich nach technischen Lösungen und mache Druck auf. Dann bündele ich von mir aus Nachfrage.

Einen großen Bereich sehe ich auf dem Gebiet Schule. Im Hochschulbereich klappt das hervorragend. Das sind die großen Treiber. Im normalen allgemein bildenden Bereich oder im Bereich der Berufsausbildung sind noch Defizite, da verschiedene Trägerstrukturen vorhanden sind. Wer bezahlt im Endeffekt die Betriebskosten, die Hardware usw.? Wenn dort eine richtige, stärkere Nutzung dieser breitbandigen Möglichkeiten erfolgt, habe ich wieder im privaten Bereich über die Kinder Druck im Elternhaus. Ich versuche, auch dort die Dinge zu nutzen. Ich nehme andere mit. Ich erzeuge vielleicht ganz andere Verbrauchergewohnheiten, treibe den Handel, die Hotels und den Tourismus an.

Ich denke, es gibt eine ganze Reihe von Pilotmöglichkeiten in Sachsen, solche Nutzungspotenziale zu erhöhen. Ich brauche sie dann nur in der Fläche. Ich muss mich

dann bekennen, so etwas einzuführen. Der Charme – als Kammervertreter darf ich das gar nicht sagen – von vielen Lösungen aus der Verwaltung besteht in gewissen Zwängen, die ich einführen kann. Ich kann dann sagen, es gibt keine Alternative zur Kfz-Anmeldung, Ausschreibung oder anderen Dingen. Dann erzeuge ich Druck und dann ist das, was Herr Berger gesagt hat, bei der vorhandenen technischen Möglichkeit viel einfacher, als wenn ich sage, ja, es ist schick, alle sprechen über Breitband, ich sammle das mal und ich unterschreibe mit. Im Endeffekt weiß ich gar nicht, was ich damit anfangen soll, da es meinen Lebensgewohnheiten und meinen Geschäftsmodellen und -prozessen nicht entspricht.

Vors. Horst Rasch: Danke schön. – Herr Hilker, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Ihre Frage zu stellen.

Heiko Hilker, Linksfraktion: Als eine Alternative zur Breitbandversorgung über DSL wird ja immer auch nach anderen preisgünstigen Varianten gesucht. Die Staatsregierung hat mehrere aufgeführt.

Ich möchte die Sachverständigen fragen, ob ihnen eine für den Freistaat Sachsen schon genutzte Alternative zur Breitbandversorgung über DSL bekannt ist, die ungefähr in dem Preisrahmen von DSL liegt.

Vors. Horst Rasch: Herr Berger, bitte.

Ralf Berger: Das ist mein Thema, weil ich die Technologien angesprochen habe. Natürlich gibt es zu dem DSL – was von der Telekom T-DSL heißt – eine ganze Zahl an Wettbewerbern, die auf dieser Technologieebene mit dem Angebot der Telekom konkurrieren und die zum Teil auch unterbieten.

Aber es gibt auch im Bereich der Breitbandkabelnetze Angebote, die reformanter, leistungsfähiger und kostengünstiger sind. Funkgestützte Lösungen, satellitengestützte Lösungen sind aufgrund der Technologie, der Heranführung der Bandbreite naturgemäß etwas teurer, aber die leitungsgebundenen DSL- und Kabeltechnologien sind durchaus wettbewerbsfähig.

Vors. Horst Rasch: Bitte, Herr Jánszki.

Sven-Gábor Jánszki: Zwei Anmerkungen dazu. Kabelnetzbetreiber – beispielsweise Kabel Deutschland macht es seit Langem, die HL.com kommt jetzt in der Stadt Leipzig und in anderen Städten damit. Das ist schwierig auszurechnen, denn die haben ein Komplettpaket, bieten Fernsehen, Telefon und Breitbandzugang in einem Paket, dann ist es schwierig, dies beispielsweise mit dem DSL-Netz der Telekom zu vergleichen.

Das gibt es und ist aus meiner Sicht durchaus preislich vergleichbar.

Die zweite Sache, auf die ich hinweisen möchte, ist ein Trend, der vor allem in Großstädten eingesetzt hat, besonders im studentischen Milieu, der aber auf den ländlichen Raum anwendbar ist: Es gibt inzwischen in fast jeder großen Stadt WLAN-Communitys. WLAN ist eine Funkverbindung, mit der man in einem gewissen Umkreis – im Augenblick sind es wohl 50 Meter, die Technologie wird aber eine bessere – den Computer anmacht und einfach mit dem Internet verbunden ist. Wenn man solche WLAN-Hotspots in genügender Anzahl in einen Abstand setzt, der nicht über 100 Meter

ist, dann hat man eine Fläche, beispielsweise in der Innenstadt, komplett mit einem Breitbandzugang versorgt.

Es gibt kommerzielle Initiativen oder Bürgerinitiativen, die so etwas machen – Hamburg hat vor circa vier Jahren damit begonnen; aus Leipzig kenne ich es. Das gibt es in großen Städten und ich glaube, auch für den ländlichen Raum – dafür habe ich jetzt kein Beispiel – könnte so etwas attraktiv sein.

Vors. Horst Rasch: Herr Burger, bitte.

Helmut Burger: Ich möchte mich nicht zu jeder Frage äußern, aber in diesem Fall muss ich widersprechen. Solche Communitys haben ihre Berechtigung, aber für den ländlichen Raum halte ich sie für völlig ungeeignet.

Man muss an dieser Stelle auch die Verantwortlichen und die rechtlichen Fragen sehen. Es sind einfach die Funklösungen, weil sie für die letzte Meile zunächst einmal die günstigsten sind, und wo vorhanden, wird zuerst geprüft – da stimme ich Ihnen zu –, ob irgendwo ein Kabel verbuddelt ist, denn das ist sicherlich die beste technische Lösung.

Der Funk greift bei uns langsam und ist auch finanzierbar. Nur muss man an der Stelle sehen, diese Verbindungen sind vielleicht für den Verbraucher geringfügig teurer, aber der Verbraucher ist nach meiner Erfahrung froh, wenn er 3 Megabyte hat und wenn er von diesen 128 herunterkommt. Dafür gibt er auch mal ein, zwei Euro im Monat mehr aus.

Vors. Horst Rasch: Danke schön. – Die nächste Fragemöglichkeit ist wieder bei Herrn Prof. Bolick.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bin unseren beiden Vertretern Dr. Goedecke und Dr. Brzezinski dankbar, dass sie dargestellt haben, dass sich die Kammern teilweise schon seit langer Zeit mit dem Thema befassen. Wir haben auch aufgenommen, dass es im Bereich der Staatsregierung noch Koordinierungsbedarf gibt. Mit diesem werden wir uns im Nachgang zu dem Antrag sicherlich noch befassen.

Mir ist bekannt, dass in Baden-Württemberg eine Clearingstelle im Landwirtschaftsministerium angeordnet ist. Ich weiß nicht, ob jemand dazu berichten kann bzw. aussagefähig dazu ist, wie das dort funktioniert. Wir werden uns die Informationen auf jeden Fall noch anderweitig besorgen können.

Aus Bayern habe ich von Herrn Burger gehört, dass Sie das im Auftrag der Ministerien machen. Vielleicht können Sie noch einmal darstellen, mit welchen Ministerien Sie zusammenarbeiten, wie das bei Ihnen gestaltet ist und ob Sie bisher Fördermöglichkeiten vorgesehen haben.

An Dr. Fornefeld hätte ich speziell die Frage – Sie haben den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Breitbandtechnologien und Arbeitsplätzen allgemein dargestellt; das ist uns natürlich vorstellbar, allerdings würde mich eine Präzisierung interessieren –: Können Sie etwas Genaueres dazu sagen? Sie sagten, es ist eine Studie in Erarbeitung; aber ein wenig aus der Schule plaudern sollten Sie vielleicht doch, weil uns das als Wirtschaftler natürlich interessiert. – Vielen Dank.

Vors. Horst Rasch: Herr Burger, bitte.

Helmut Burger: Ich bin nicht in diesem institutionellen Sinne die Koordinierungsstelle, sondern ich bin Referent bei der IHK, habe mich schwerpunktmäßig damit befasst und sehe auch die Grenzen der Kapazitäten meines Referates an der Stelle für das nächste Jahr.

Es ist im Grunde: Ich habe einen Arbeitskreis, der sich aus Gemeindetag, Landkreistag, Städtetag und Wirtschaftsministerium zusammensetzt. Ich habe einen Antrag an das Wirtschaftsministerium für diese Informationskampagne gestellt – dafür gab es 600 000 Euro Fördermittel, die für die Information vor Ort gedacht sind. Die geben wir gerade für diese Informationskampagne aus; das läuft alles unter meiner Federführung. Insofern bin ich der operativ Umsetzende, stimme mich aber ganz eng mit dem Wirtschaftsministerium ab, das innerhalb der Ministerien die Federführung übernimmt, auch seitdem das Landwirtschaftsministerium dazugekommen ist, was später der Fall war.

An dieser Stelle ist nicht institutionelle, sondern eher formelle enge Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und mir und der IHK, wobei bei mir der bayerische Industrie- und Handelskammertag in diesem Punkt angesiedelt ist. Es gibt keine offizielle Institution, die das macht.

Zu Ihrer Frage zu den Fördergeldern. Ich hatte es vorhin gesagt. Wir haben insgesamt 10 Millionen Euro vom Wirtschaftsministerium und 9 Millionen Euro aus der Landwirtschaft. Das ist der Punkt, an dem wir jetzt gerade sind: Ich gehe davon aus, dass wir bis April oder Juni wissen, wie diese Gelder ausgegeben werden können. Wir haben größte Mühe zu definieren, wie diese Fördergelder tatsächlich unters Volk kommen, angesichts der Entwicklungsdynamik. Wir wissen ja nicht, ob wir das für 2 oder 3 Megabit pro Sekunde machen. Wenn wir fragen, wie viel Bandbreite sie wollen, sagen sie immer, sie wollen ganz viel. Sie wissen aber nicht, worum es geht usw.

Das sind die Kleinigkeiten, bei denen wir absolute Schwierigkeiten haben und wobei uns das Ministerium einbezieht. Letztendlich habe ich die meiste Erfahrung vor Ort. Im letzten Jahr hatte ich eine Reisetätigkeit, die ich mir so für das nächste Jahr nicht erhoffe. Ich war die ganze Zeit in Bayern unterwegs. Von daher versuche ich, meine Praxiserfahrungen in die Fördermittelkonzeption einzubringen.

Vors. Horst Rasch: Danke. – Die nächste Frage ist an Dr. Fornefeld gerichtet.

Dr. Martin Fornefeld: Wie ist der Zusammenhang zwischen Breitbandanwendungen und Arbeitsplätzen? Das möchte ich kurz erläutern. Es geht eigentlich um drei wesentliche Effekte. Es gibt direkte, indirekte und gesamtwirtschaftliche Effekte, die sich durch Breitbandanwendungen ergeben.

Die direkten Effekte sind: Wenn ich einen Breitbandanschluss habe und neue Services aufbaue, muss ich investieren. Diese Investition führt zu einer Nachfrage.

Zweitens haben wir die indirekten Effekte. Das sind die Kostenvorteile, die ich über Breitband realisiere, indem ich mich in Versorgungsketten – Supply chains, wie es heißt – einlogge. Das heißt, wer heute zum Beispiel in der Automobilindustrie als Zulieferer

dabei sein will, muss in diesen Versorgungsketten, in diesen Logistikketten, drin sein. Dafür brauche ich den Online-Zugang zum gesamten Dispositionssystem, sonst bin ich gar nicht mehr dabei. Das gilt auch für den weltweiten Zukauf. Die Teile werden teilweise im Ausland produziert. Das muss in den Ketten abgebildet sein. Dann bin ich überhaupt dabei. Ich nutze dadurch enorme Kostenvorteile. Dadurch wird die Gesamtproduktion deutlich günstiger.

Das gilt nicht nur für Einkaufs-, sondern auch für die Verkaufsseite. Die Globalisierung der Wirtschaft ist überhaupt erst durch Breitband möglich geworden. Wenn Sie sehen, wie sich unsere Wirtschaft entwickelt: Wir leben in Deutschland im Wesentlichen vom Export. Der Export wird ganz wesentlich durch die Präsenz in den Märkten, online, gefördert. Der gesamte Auslandsvertrieb hat sich dadurch in den letzten Jahren völlig verändert.

Letztendlich ergibt sich daraus der Gesamteffekt, dass durch den Einsatz der Breitbandtechnologie die Unternehmen insgesamt leistungsfähiger, kostenkompetitiver, werden. Im Wettbewerb können sie ihre Beschäftigung und ihren Umsatz ausbauen und damit letztendlich die Beschäftigung sichern bzw. erhöhen.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Eine kurze Nachfrage. Diese verbale Beschreibung war uns natürlich klar. Sie kam ja von jedem. Aber den direkten, unmittelbaren Zusammenhang mit der Versorgungsdichte, Versorgungsrate und Versorgungsgeschwindigkeit können Sie nicht irgendwie darstellen?

Dr. Martin Fornefeld: Doch, das tun wir gerade für die EU. Man kann noch einmal sehen, wie der Nutzungsgrad ist. Darüber gibt es Zahlen. Wie wird es wirklich genutzt? Das ist angesprochen worden. Diese Zusammenhänge stellen wir gerade dar. Das ist momentan noch nicht fertig, aber Ende Januar haben wir es komplett vorliegen. Die Zusammenhänge sind vorhanden und die legen wir dann auch offen. Am anschaulichsten ist immer ein Beispiel. Ich kann nur sagen: Das Projekt heißt „Ad know“ in Cornwall. Wir werden es dokumentieren. Das muss man mal gelesen haben, um zu sehen, wie differenziert sich das darstellt.

Vors. Horst Rasch: Die nächste Fragemöglichkeit hat jetzt Herr Dr. Gerstenberg.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Herr Jánszki hatte einen völlig anderen Aspekt aufgeworfen, bei dem gerade die Fragen der gesellschaftlichen Auswirkungen und die Gefahren der digitalen Spaltung angesprochen werden. Mich interessiert – als Frage an die Expertenrunde –, ob Sie die Aussage teilen, dass eine Nutzung breitbandiger Internetzugänge nicht unverzichtbar für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist – aus heutiger Sicht, mit dem Blick in die Zukunft – oder ob nicht viel mehr ein neuer Mindeststandard in diesem Bereich gesetzt werden muss?

Als Nebenfrage: Ist es nicht – entgegen der Antwort der Staatsregierung – notwendig, in Kindergärten im Rahmen des gesamten Bildungssystems Breitbandzugänge zu schaffen?

Vors. Horst Rasch: Wer fühlt sich berufen? Wer ist für Breitband im Kindergarten zuständig, meine Dame, meine Herren? – Frau Snelinski, Sie melden sich.

Hiltrud Snelinski: Wenn Sie den Kindergarten ansprechen, ist bestimmt die Frau zuständig.

(Heiterkeit)

Ländlicher Raum und Kindergarten – ja. Wir wollen unsere Kindergärten. Es gibt einen neuen Bildungsplan. Unsere Leiterinnen in den Kindergärten müssen genauso Zugänge haben. Sie fragen, ob jeder Zugang haben muss. Jeder muss die Möglichkeit haben. Ich denke, wenn man Unterschiede macht – – Wir haben doch eine Vielfältigkeit. Warum wollen wir denn, dass nur Städte Breitbandzugänge bekommen sollen? Gerade der ländliche Raum ist wichtig. Vorhin war die Rede von den Arbeitsplätzen. Ich selbst bin Bürgermeister.

(Dr. Horst Metz, CDU: Haben Sie Breitband?)

Ich denke, was Herr Burger vorhin angesprochen hat, ist wichtig. Wir müssen das in unsere Gemeinden hineinbringen. Wir müssen erst einmal die Leute finden, die sich für Breitband interessieren.

Für mich ist vieles auch neu gewesen. Aussagen zu den Arbeitsplätzen zu treffen – ich habe selbst in meiner Gemeinde eine Fabrik, die keinen Breitbandanschluss hatte, und sie hat jetzt Aufträge für Irland. Das schafft schon Arbeitsplätze.

Ich bin aber von den Kindergärten abgekommen. Wir brauchen zur Umsetzung des Bildungsplanes Informationen, und unsere Kindergärtnerinnen müssen an die Informationen herankommen, und zwar nicht nur über die Post, sondern sie brauchen Internet- und Breitbandzugänge. Das ist wichtig, gerade für die Dörfer. Wir haben gut ausgebildete Leute.

Vors. Horst Rasch: Nachdem Frau Snelinski das Eis gebrochen hat, ist jetzt Herr Berger an der Reihe.

Ralf Berger: Sie hatten danach gefragt, ob man Standards setzen sollte. Ich denke, dazu haben wir im Vorfeld schon ausgeführt, dass es der Markt regulieren muss – da wird es eine ständig steigende Nachfrage geben – und dass man mit vorgegebenen Standards nicht der Dynamik folgen wird.

Noch eine Anmerkung zu den Kindergärten – ich schließe die Schulen mit ein –: Das ist nicht nur eine Sache der Breitbandinfrastruktur. In diesem Zusammenhang sollte man auch ein Stück weit über Medienkompetenz nachdenken. Eine Internetnutzung ist etwas anderes als Fernsehen. Früher haben sie ihr Kind im Kinderzimmer dem Fernseher überlassen und es wurde konsumiert, was kommt. Wenn jetzt ein Kind am PC sitzt, ist nicht klar, welche Inhalte sich ein Kind dort zu Gemüte führt und ob alles kindgerecht und für die Entwicklung so positiv verläuft.

Also bitte nicht nur auf die Infrastruktur abstellen, sondern wenn wir über so etwas reden, dann hat das auch mit neuen Medien und mit Kompetenz im Umgang mit den neuen Medien zu tun. Da kann man im Kindergarten und in den Schulen sehr viel tun.

Vors. Horst Rasch: Herr Dr. Goedecke; danach Herr Jánszki, bitte.



Dr. Manfred Goedecke: Ich bin nicht kompetent, etwas zu den Kindergärten zu sagen. Ich weiß nur, dass wir uns gegenwärtig als Unternehmen und Unternehmensvertreter für familienfreundliche Unternehmenspolitik stark machen und in diesem Zusammenhang mit den Vertretern dieser Einrichtungen ins tiefere Gespräch kommen. Es werden Konzepte gemacht, es wird versucht, bestehende Barrieren abzubauen.

Ich weiß – darin kann ich Herrn Berger nur recht geben –, dass dort Diskussionen aufkommen, die zunächst überhaupt nichts mit der Verfügbarkeit von Breitband oder solchen Dingen zu tun haben, sondern: Welche Konzepte gibt es, wie kindgerecht sind die Konzepte – es gibt verschiedene Altersstufen –, was will man erreichen, welche Zielvorstellungen existieren?

Man sollte ausgesprochen vorsichtig sein, von der ersten Kita an den Zugang zu Breitbandnetzen zu fordern. Dass ich das nicht an der Verfügbarkeit scheitern lassen darf, wenn ich Konzepte habe; wenn es in Bildung und Erziehung eingeordnet ist, versteht sich von selbst. Aber ich würde es nicht als Motivation nehmen wollen, um im ländlichen Raum vielleicht noch den letzten Kindergarten als potenziellen Nutzer in Bewegung zu bringen. Das ist meines Erachtens zu früh und da müssen wir erst einmal über andere Fragen sprechen.

Sven-Gábor Jánoski: Von mir ein ganz klares Ja. Zur künftigen Teilhabe an der Gesellschaft – ob für Kinder, Senioren oder „Mittelalte“, ist völlig egal – ist ein Breitbandanschluss unverzichtbar. Den Standard würde ich wirklich dort ansetzen, wo die problemlose Nutzung von Filminhalten möglich ist.

Zu der Kindergartenfrage. Vergleichen Sie bitte das Angebot des Kinderkanals im Fernsehen und des Kinderkanals online. Vergleichen Sie das Angebot von Super-RTL und Togo – so heißt die Onlinemarke von Super-RTL – und vergleichen Sie, was Jetix macht, ein neuer internetgestützter Kinderkanal. Sie werden feststellen, dass Kinderfernsehen – und es bleibt nicht beim Kinderfernsehen – in Zukunft ein Mitmachfernsehen sein wird. Ein Kind, das keinen Breitbandanschluss hat, kann dann im Kindergarten nicht mit dem Nachbarn konkurrieren, der einen Breitbandanschluss und genau diese Erlebnisse hat.

So können Sie das künftig durch die Gesellschaft durchdeklinieren.

Deshalb ein klares Ja für Kindergärten, aber auch für den privaten Raum. Wenn ein Kind in meinem Haus in Leipzig einen Breitbandanschluss hat, dann muss das genauso gut bei meiner Schwester in Erdmannsdorf der Fall sein, und zum gleichen Preis. Das ist für die Sozialverträglichkeit ganz wichtig. Beim Fernsehen hat man es über die Grundgebühr geregelt; im Breitbandbereich muss man es auch irgendwie regeln.

Vors. Horst Rasch: Danke. – Die nächste Fragemöglichkeit ist bei Herrn Morlok.

Sven Morlok, FDP: Ich habe zunächst eine Frage zur Technologie an Herrn Berger, weil ich mir nicht sicher bin, ob ich alles verstanden habe. Sie hatten in Ihrem Statement in einem Nebensatz fallen lassen, Satellit gebe es überall, und eine Karte gezeigt, auf der die Anzahl der verfügbaren Techniken aufgeführt ist. Da gibt es Gebiete, die weiß sind und wo eine Null steht. Darin sehe ich einen Widerspruch zu Ihrer Aussage. Satellit gebe es überall, dann kann es eigentlich kein Gebiet geben, wo es nichts gibt. Das wäre die erste Frage.

Für den Fall, dass wir zu einem Ergebnis kämen, dass Satellit tatsächlich überall verfügbar ist, wäre für mich die Kostenfrage interessant: Wie viel muss jemand mehr ausgeben, um einen adäquaten Breitbandanschluss über Satellit zu beziehen im Vergleich zur entsprechenden Übertragungsrates im DSL-Bereich? Auf Unternehmen beschränkt, stellt sich für mich die Frage, ob wir ein Aufklärungsproblem haben, dass bei den Mehrkosten, die Herr Mantau so zutreffend beschrieben hat, die mit etwas langsamen Leitungen, mit schlechten Anbindungen entstehen, die Unternehmen, wenn man es ihnen erklärt, zu dem Ergebnis kommen würden: Der teure Satellitenanschluss rechnet sich für mich unter dem Strich.

Vors. Horst Rasch: Ich vermute, dass Herr Berger antworten will; bitte.

Ralf Berger: Ich war direkt angesprochen worden. Die Karten, wovon eine noch an der Wand ist, sind im Breitbandatlas drin. Das sind nicht unsere eigenen Karten. Wir haben sie nicht hergestellt. Sie sind für alle zugänglich und haben diese Unzulänglichkeiten, die heute schon angesprochen worden sind. Diese hängen damit zusammen, dass eine große Differenzierung, gerade in der Verbreitung von DSL, vorzufinden ist. Auch im engeren, lokalen Raum gibt es sehr große Unterschiede.

Zur Satellitenlösung. Sie kam zugegebenermaßen etwas kurz; meine Zeit war knapp. Die Technologiefelder sind groß. Es gibt zwei Anbieter: Astra und Eutelsat. Das sind Satellitenpositionen, die von jedem Unternehmen und Privatbürger angesteuert werden können. Vorhin wurde die Tankstellenvernetzung angesprochen. Bei Tankstellenvernetzung ist es gang und gäbe. Sie sind über solche Satellitenverbindungen auf zwei Wegen miteinander verbunden. Das muss einfach so sein, da sich Tankstellen oftmals dort befinden, wo kein Breitbandanschluss ist. Das ist eine klassische Anwendung, wobei sich ein Unternehmen solch eine satellitengestützte Lösung angeschafft hat. Klar ist, dass es mehr kostet. Unserer Erfahrung nach bewegt sich die Einmalinvestition im Bereich des circa Dreifachen eines Festnetzanschlusses. Die laufenden Kosten liegen circa 30 % höher als bei einem drahtgebundenen Internetanschluss. Diese Größenordnung kann ich nennen.

Vors. Horst Rasch: Herr Burger, bitte.

Helmut Burger: Ich möchte ergänzen. In der Praxis zeigt sich immer, dass die Fakten eine große Rolle spielen. Die Geschwindigkeit zum Satelliten und wieder zurück beträgt ein paar Millisekunden. Die reichen dann nicht aus, wenn ein Kind irgendwelche Spiele macht, wo ein Gegenüber ist und wo es um Reaktionszeiten geht. Wie beim Internet kommt diese ganze Technologiewelle übers Kinderzimmer in die Wohnstuben. Das heißt also, oft ist es so, dass gerade Kinder sagen, Satellit kommt für mich nicht infrage, denn dann ist meine Reaktion für diesen Weg langsamer als die meines Gegners. Deshalb spielen Satelliten in unserer Initiative eine absolute Außenseiterrolle. Ich sage: Wenn es ganz dringend ist, wenn ein Hotel anders schlecht angebunden ist, auch mit Funk nicht, dann Satellit. Bei uns ist es nicht so, dass die Fläche damit versorgt werden kann.

Vors. Horst Rasch: Herr Dr. Goedecke, bitte.

Dr. Manfred Goedecke: Herr Morlok, der Kern Ihrer Frage war, ob dazu Beratungsbedarf vorhanden ist. – Natürlich. Es gibt drei Möglichkeiten aus

Unternehmersicht – das sind die zehn Jahre Frauenkompetenzzentrum –, dass er sich für solche breitbandigen Zugänge entschließt, egal welche technologische Lösung er finden muss.

Erstens. Es gibt Zwänge. Die gibt es beispielsweise bei allen Zulieferketten, wo irgendein Großer sitzt, der möglicherweise international tätig ist. Er gibt im Prinzip den Datenverkehr vor. Das ist ein Zwang.

Die öffentliche Hand haben wir angesprochen. Sie kann auf bestimmten Feldern mit konsequenten Lösungen den Zwang schaffen.

Ansonsten muss man ihm erklären, welche Vorteile er von dieser neuen Technologie hat. Er entscheidet sich nicht für eine Technologie oder für ihre verstärkte Nutzung, weil das schick ist oder weil alle über Breitband reden, sondern es kommen knallharte Ergebnisse heraus. Geschäftsprozesse können optimiert werden. Er kann ganz andere Kunden erreichen. Er kann Reisekosten, Material und Energie einsparen usw. usf.

Ich kann Ihnen sagen, das ist ein ganz mühseliger Prozess, den wir dort durchmachen. Wer meint, wenn die Infrastruktur da wäre, dann sind alle mit Terabyte in Bewegung – das ist mühselig. Es wird immer gerechnet. Leute, die ordentlich rechnen und die mit 2 MB auch noch in zehn Jahren auskommen, werden sich nicht entscheiden, irgendwelchen Luxus anzuschaffen. Das ist ganz klar. Bei der Einführung spielen viele Dinge eine Rolle. Da kann ich natürlich Reisekosten sparen, wenn ich aus Annaberg nach Chemnitz muss, oder was weiß ich. Die Entscheidung liegt dann vielleicht beim Sachbearbeiter, der bei der Abgabe, wenn er zur Kammer kommt und seine Stempel und Bestätigungen holt, den Einkauf erledigen kann. Da kann der Geschäftsführer zehnmal sagen, ich entscheide mich dafür, weil es natürlich modern ist. Der Sachbearbeiter sagt, mir gehen diese Vorteile verloren.

Das war nur mal aus der Schule geplaudert, das ist das tägliche Geschäft. Das geht nur mit Überzeugung und letztendlich muss es sich unterm Strich rechnen. Oder es müssen diese Zwänge da sein, die es an der einen oder anderen Stelle geben kann. Diese sollten wir dort, wo sie wirklich den Prozess nach vorn bringen, suchen. Die sehe ich bei der öffentlichen Hand. Ich sehe sie auch in solchen Zulieferketten, in Verbänden, die diese Dinge ausbauen können.

Vors. Horst Rasch: Herr Dr. Brzezinski, bitte.

Dr. Andreas Brzezinski: Ich möchte kurz an Herrn Burgers Ausführungen anknüpfen. Wir sehen bei der Satellitentechnik auch das Problem. Wenn Sie in Unternehmen Echtzeitanwendungen haben, wenn Sie Steuerungs- und Überwachungsdinge haben, stellt sich das eher problematisch dar. Insofern ist bei der Auswahl der entsprechenden Technologien ein gewisser Unterstützungsbedarf gegeben, dass man das gemeinsam auslotet. Das ist der Ansatz, den Dr. Goedecke umschrieb.

Noch einmal zum Thema Satelliten. Es ist nicht nur das Kinderzimmerproblem, sondern es ist auch die Frage bei allem, was in Echtzeit stattfindet. Die Zulieferketten hatten Sie auch angesprochen. Dort steht auch die Frage: Macht man Applikation charging oder solche Dinge, die anstehen? Das ist ein etwas kritischer Bereich, wo das stattfindet.

Vors. Horst Rasch: Die nächste Fragemöglichkeit hat Frau Windisch.

Uta Windisch, CDU: Über die Bedeutung des DSL für E-Government oder für die Wirtschaft ist sehr breit gesprochen worden. Ich möchte noch einmal den ländlichen Raum in Gänze, die Bevölkerung im ländlichen Raum und deren Chancengleichheit ansprechen. Durch Struktur- und demografischen Wandel haben wir sowieso eine Ausdünnung in Versorgungsleistungen, Verkehrsleistungen, in der Bildungslandschaft, die auf die Schülerzahl angepasst worden ist. Gerade für junge Menschen, für Schüler und Studenten, ist es wichtig, dass sie einen Zugang zum Netz haben, um genauso schnell wie jemand, der in der Stadt wohnt, an Bildungsangebote, E-Learning-Angebote, heranzukommen. So weit meine Vorrede, weshalb ich den Fokus noch einmal auf den ländlichen Raum richte.

Mir hat Ihr Vortrag sehr gefallen, Herr Burger. Es ist angeklungen, dass mit staatlichen Förderprogrammen gegenzusteuern versucht wird. Nun ist für so ein leistungsstarkes Land wie Bayern – auf das wir als Sachsen immer noch, auch was finanzielle Dinge betrifft, aufblicken – diese Summe nicht sehr berauschend.

Mich würde interessieren: Was soll mit diesem Geld gemacht werden? Sie sprachen davon, dass die Verteilungsmodi immer noch strittig sind. Sollen dort für ländliche Gebiete zum Beispiel Funkempfangsmöglichkeiten geschaffen werden, mit denen in den dünner besiedelten Räumen über WLAN verteilt wird, oder was auch immer? Was wird mit diesem Geld gemacht? Öffentlich-private Partnerschaften hatten Sie schon angesprochen, dass dort die Kommunalvertreter, die Kammern usw. zusammenarbeiten. Aber wie soll es dezidiert geschehen?

Ich hätte noch eine Frage dahingehend: Könnte es nicht sein, dass sich dort, wo staatliche Eingriffe ordnungs- oder förderpolitischer Art erfolgen, die Telekommunikationsunternehmen wieder selbst zurücknehmen und sagen, das ist für uns nicht lukrativ, dort soll mal der Staat handeln? Diese Gefahr sehe ich; sehen Sie das auch so?

Vors. Horst Rasch: Herr Burger, bitte.

Helmut Burger: Das ist jetzt die schwierigste Frage. De facto ist es so, dass sich das Wirtschaftsministerium mit dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag einig war, dass sich der Staat zunächst ganz schön zurückhalten soll. Wir haben den politischen Druck, der in dem Fall konkret vom Gemeindetag kam, nicht ganz durchgehalten und deswegen haben wir jetzt Geld und wissen nicht, wie es praktiziert werden soll.

Insofern kann ich Ihnen die Frage nicht richtig beantworten, weil es ausschließlich darauf zurückzuführen ist, dass wir Wahlkampf haben, und dann hat der eine gesagt, wir brauchen Geld, und der andere hat gesagt, ich lasse mich nicht schlagen, und jetzt haben wir 10 plus 9 Millionen Euro.

Auch Herr Seehofer ist ja ein CSU-Minister und insofern habe ich jetzt zwei Minister in Berlin, nämlich Glos und Seehofer, die sich mit diesem Thema herumschlagen.

Es ist eine rein politische Fragestellung gewesen und jetzt haben wir das Problem: Wir haben zwar Geld – und Sie sagen, das hätten Sie gern –; aber Sie wüssten auch nicht, wie Sie es verteilen. Wir wissen es de facto nicht.

Ich bin jetzt gerade in einer Situation – zusammen mit den Kollegen vom Wirtschaftsministerium –, dass wir uns vielleicht einig sind, dass der Bürgermeister derjenige ist, der das Geld beantragen darf. Aber wem es zugute kommt, nach welchen Regularien und nach welcher Bandbreite –, wissen wir einfach nicht; es ist auch zu wenig Geld.

Hinzu kommen diese Kriterien – das ist ein wichtiger Punkt unserer Argumentation. Wenn Sie sagen, der Staat soll Geld in die Hand nehmen – ja, wofür? Für ein kabelgebundenes oder für ein funkbasiertes oder für eine Schüssel? Wir müssten sagen, wenn der Staat Geld in die Hand nimmt, dann, bitte schön – da bin ich völlig bei Herrn Dr. Fornefeld –, mit Glasfaser, aber Glasfaser können Sie wieder nicht bezahlen.

Das ist genau das Dilemma, wenn man zu schnell nach dem Staat ruft, und wir haben diese Komplexität, und zwar die technische auf der einen Seite, die betriebswirtschaftliche auf der anderen Seite, so noch nicht gelöst. Deswegen schaue ich wieder nach unten zu den Bürgermeistern und sage, ihr könnt euch auch nicht ganz heraushalten, denn ihr wollt es ja, und versuche etwas zu fördern, das die Eigeninitiative fördert. Es könnte ja sein, dass gewisse regionale Dinge dazu führen, eine Eigeninitiative dergestalt zu machen: Ich mache mir ein Businessmodell und hole mir einen Technologiebetreiber, und dann finanzieren wir solche Dinge. Das ist meine große Hoffnung.

Was passiert mit den Kleinanbietern? Die Kleinanbieter sagen, wenn ihr bayernweit eine Ausschreibung macht, überfordert mich dies. Sie müssen sich einmal hineinversetzen: Da ist ein Unternehmer, der persönlich jetzt 50 000 Euro hat. Davon investiert er 10 000 Euro in die eine Kommune, und innerhalb von drei Jahren muss dies wieder refinanziert werden und er darf nicht mehr Geld verlangen als das, was die Telekom in Ballungsgebieten verlangt; denn das ist Usus.

Der rechnet sich die Finger wund, um es überhaupt finanzieren zu können, und wenn jetzt die ganze Fläche kommt, kann er nicht mit bieten. Die Telekom sagt, für mich lohnt sich das nicht; aber jetzt gibt es staatliche Gelder und wenn jetzt der Staat Gelder locker macht, dann lohnt sich das vielleicht für mich – der Staat zahlt das Ganze ja –, und dann sind wir wieder bei der Technikdebatte. Der macht das nur mit DSL und nur mit dem, was ihn interessiert.

Wir stecken in einem ordentlichen Dilemma. Was ich anbieten kann, ist, dass man sich dazu ein bisschen austauscht. Wir haben einen Arbeitskreis derjenigen und Länderinitiativen, die solche Sachen diskutieren, und wir stehen relativ hilflos vor dem Problem staatlicher Gelder.

Vors. Horst Rasch: Herr Dr. Fornefeld, bitte.

Dr. Martin Fornefeld: Ich kann noch etwas dazu beitragen. Wir haben gerade in der gesamten EU untersucht, wie in unterschiedlichen Ländern mit diesem Problem umgegangen wird. Es ist ja nicht nur ein deutsches Problem, sondern das haben alle Länder in unterschiedlicher Ausprägung.

Was immer noch eine Variante ist – das wird in den neuen Beitrittsländern sehr viel gemacht –, ist, dass man solche Netze gerade in Ortschaften, die bisher gar nicht

angeschlossen sind, zunächst einmal im Wesentlichen als ein PPP, also bürgernetzartig, betreibt und nach einigen Jahren überlegt, es wieder zu veräußern.

Solche Lösungen haben wir sehr häufig gesehen. Es gab im letzten Sommer eine Veranstaltung Broadband in Rural Areas, also Breitband in ländlichen Regionen, in ganz Europa, auf der über 50 verschiedene Projekte vorgestellt wurden, wie sie auf alle verschiedenen Wege diese letzte Meile oder die Erschließung von Gebieten, die nicht so prioritär auf der Ausbauliste stehen, angegangen sind. Da kann man sehr viele unterschiedliche Projekte sehen. Das ist auch noch auf der EU-Seite veröffentlicht; ein Blick darauf lohnt sich. Es gibt viele Modelle, das zu tun. Es ist immer mit viel Arbeit verbunden. Wir haben viele Akteure dabei. Bei PPP ist es immer sehr schwierig – auch gerade in Deutschland rechtlich sehr schwierig, überhaupt keine Frage –; aber wahrscheinlich wird es solch ein Weg sein.

Vors. Horst Rasch: Herr Dr. Gerstenberg hat wieder die Möglichkeit zu fragen.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Herr Dr. Fornefeld hatte explizit auf die Opal-Glasfasernetze hingewiesen – sie gelten aufgrund der DSL-Fixierung bisher eher als Verhinderer von Breitbandzugängen – und er hatte die großen wirtschaftlichen Chancen betont. Mich würde interessieren, wie hoch der Anteil der Glasfasernetze in Sachsen ist und wie diese regional verteilt sind. Teilen die Sachverständigen die Meinung, dass es wirtschaftlich klug wäre, diesen Handlungsempfehlungen zu folgen, die Netze untersuchen zu lassen, und gegebenenfalls alternative Anbieter zum Zuge kommen zu lassen?

Vors. Horst Rasch: Wer fühlt sich berufen? – Ich denke, Herr Berger ist fast verpflichtet dazu.

Ralf Berger: Zur Nutzung der Opalnetze kann ich gern etwas sagen, zur Verbreitung in Sachsen eher nicht. Die Opalnetze sind mit der Einführung der Kommunikationsinfrastruktur in Ostdeutschland geschaffen worden. Wir haben ganz klar einen Schwerpunkt in Ostdeutschland, da zu dieser Zeit auf digitale Telefonie gesetzt wurde: ISDN über Glasfasernetze zu übertragen. Die DSL-Technologie basiert auf der Kupferdoppelader. Deshalb gibt es an der Stelle das Problem, dass diese Technologie in Glasfasernetzen nicht angewendet werden kann.

Sie wird aber dennoch sehr gut genutzt. Wir haben eine Entwicklung zur Erhöhung der Bandbreite in DSL, die Glasfaseranschlüsse gehen immer näher an den Kunden heran. Während bei den herkömmlichen DSL-Ausprägungen mit einer Geschwindigkeit von 768 Kilobit die DSL-Technologie in den Häuschen der Telekom eingebaut war, befinden sich bei VDSL die erforderlichen Modulationstechnologien am Straßenrand, also kurz bevor die Kupferader ins Haus des entsprechenden Kunden angegangen wird. Es geht immer mehr Glasfaserkapazität hin zum Kunden. Die letzte Meile wird derzeit noch auf der Kupferdoppelader genutzt, da die Aufrüstung der Hausinfrastruktur momentan sehr viel Geld kostet und dem DSL-Nutzer eine Menge Unannehmlichkeiten bringen würde, wenn er auf Glasfaser umsteigen würde.

Das ist sicher die Zukunft. Mir ist aus München und Hamburg bekannt, dass 200 Megabit, wie von Herrn Burger angesprochen, heute schon möglich sind. Genutzt werden sie nicht, aber es ist möglich. Diese Technologie ist sehr leistungsfähig. Momentan ist das Problem das Schließen der letzten Meile, wie in allem

Drahtgebundenen oder in Funkgestütztem. Wenn man sich entschließen würde, diesen Weg zu gehen, hätte man eine sehr leistungsfähige Infrastruktur. Aber das ist aufwendig und momentan sehr teuer.

Vors. Horst Rasch: Die nächste Fragemöglichkeit hat Herr Dr. Metz.

Dr. Horst Metz, CDU: Ich kann mir zwei Anmerkungen nicht verkneifen und danach möchte ich eine Frage stellen. Herr Fornefeld, Sie haben zwei, drei Mal in Ihren Ausführungen darauf hingewiesen, dass die Automobilindustrie, die Automobilzulieferer, nicht funktionieren können, wenn sie nicht über die entsprechenden Infrastrukturen verfügen und den internationalen Markt auf diesem Gebiet, über das wir heute sprechen. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass einer der Motoren des sächsischen Aufschwungs, die Automobilindustrie, die Automobilzulieferer, und die metallverarbeitende Industrie nicht im Wesentlichen über diese Dinge verfügen? Insofern keine Kritik an Ihren Worten, aber ich will nicht das Klischee einer Management Consulting GmbH anführen, dass man darüber spricht, was eigentlich schon da ist. Keine Kritik, bitte, nur der Hinweis: Diese Dinge, die Sie als Beispiel anführten, sind in Sachsen vorhanden, zumindest in den Bereichen, die Sie nannten. Sonst wären wir auf diesem Gebiet nicht so weit. Das war meine erste Anmerkung. Sie können gern darauf reagieren.

An Herrn Brzezinski nur ein Satz: Die Zukunft zum Beispiel meiner Enkel stelle ich mir anders vor als vor dem Bildschirm. Auch das will ich anmerken.

Nun meine Frage: Herr Burger, es freut mich, dass Sie die Linken eingeladen haben. Sie waren eine echte Bereicherung für mich. Insofern bin ich ihnen dankbar. Zu Ihnen, Herr Burger: Sie sind der Einzige, der in diesem ganzen Kreis einmal über Geld gesprochen hat. Das interessiert mich ja nun in ganz besonderem Maß. Sie nannten Zahlen, Sie nannten die 9 Millionen Euro. Kann ich davon ausgehen, dass die 9 Millionen Euro nun reines Geld des Bundes sind? Es ist eine Zwischenfrage; ich würde dann gern fortfahren.

Helmut Burger: Nein.

Dr. Horst Metz, CDU: Nein, also ein Teil Bund, ein Teil Land – kofinanziert. Die 10 Millionen Euro sind reine Landesgelder. Sie haben dargestellt, dass das Ganze bei Weitem nicht reicht, um den Durchbruch zu erreichen, wobei Sie gar nicht wissen, wie sich der Durchbruch konkret gestalten soll. Meine Frage lautet: Machen Sie doch ein paar Ausführungen darüber, wie Sie die Kommunen einbeziehen wollen. Wenn wir über den ländlichen Raum sprechen, sind das im Wesentlichen die Landkreise und die Kommunen, die dort etwas wollen und von etwas profitieren.

Sie sagten, Sie haben Schwierigkeiten bei der Geldverteilung; denn Sie haben irgendwann den Rechnungshof im Nacken. Das ist mir schon klar. Sie können das noch gar nicht konkret benennen. Der Einwurf von der FDP war, wir wüssten schon, wie wir es tun. Ja, gern. Ich sehe nur, dass, wenn sich Leute damit konkret befassen, es dabei Probleme gibt, dieses Geld rechnungshofgerecht unterzubringen. Das will ich nur anmerken.

Wie ist denn jetzt die Situation? Gehen Sie den Weg, indem Sie sagen – wahrscheinlich dann im April aufgrund gewisser Entscheidungen, auch der bayerischen

Staatsregierung –, soundso viel Prozent stellen wir für diese und jene Zwecke zur Verfügung, aber die Kommunen müssen soundso viel geben. Wird das ein Mischprogramm zwischen Bund, Land und Kommune? Das würde mich interessieren.

Vors. Horst Rasch: Herr Burger, bitte.

Helmut Burger: Sie überfordern mich. Zunächst als Teilantwort folgende: Wenn denn vor Ort kein Geld vom Staat gebraucht wird – das will ich nicht ausschließen –, sondern ein Anbieter kommt und sagt, ich mache euch das genauso, wie wir es im Jahr 2007 in unseren Regionalmessen vorgestellt haben, dann bin ich schon mal glücklich und habe nicht die Probleme mit dem Rechnungshof, die Sie angesprochen haben. Dann kommt ein Anbieter, der sagt, ich habe eine Funktechnologie und finanziere das entweder selbst oder bei Funk heißt es jetzt schon stärker, okay, wenn der Bürgermeister es schafft, 5 000 Euro Kofinanzierung zu bringen – das ist ein Betrag, den eine Kommune verkraftet.

Die erste Teilantwort ist insofern: Ich hoffe, dass genau diese Lösungen zunächst einmal in der Masse passieren, und dann haben wir das andere als Restproblem. So weit meine erste Antwort.

Ich habe einen gewissen Grund zur Hoffnung, und zwar deshalb, weil der Druck bei uns so groß ist, dass schon die ersten Bürgermeister abwinken und sagen, das staatliche Geld will ich gar nicht; ich brauche dringend eine Lösung. Das ist der erste Punkt.

Der zweite: Letztendlich bin ich der Falsche, wenn Sie fragen, wie das mit dem Rechnungshof zu lösen ist, denn ich muss zum Glück das Geld nicht verteilen, das machen die Regierungspräsidien. Ich bin nur eng in der Abstimmung, weil ich meine Praxiserfahrungen mit einbringen kann, damit nicht irgendwelche Wolkenkuckucksheime finanziert werden.

Es ist ja auch der Punkt: Wir haben es erreicht – ich hoffe es zumindest oder habe schon die ersten Signale –, dass wir von diesen zwei Ministerien ein Konzept bekommen, und nicht zwei Konzepte. Das wäre schon mal wichtig. Es ist ja das Problem, dass sie sagen, wenn sie einen Antrag stellen – hier beim Landwirtschaftsministerium, dort beim Wirtschaftsministerium –, dann haben sie ja doppelt Geld.

Die werden es wahrscheinlich deckeln – aber ich bin nicht derjenige, der definiert, wie das Geld ausgeteilt wird; das machen die Ministerien selbst – und sich tatsächlich überlegen, ob die Kommunen, die einen Breitbandpaten benannt haben, irgendwo bevorzugt werden, wenn sie einen Antrag stellen; denn sie haben auch artikuliert, dass sie Probleme haben. Da müsste man eine Reihenfolge finden, ansonsten könnte es sein, dass es ein Windhundverfahren gibt; das will ich nicht ausschließen.

Grundsätzlich ist es so, dass ich beim Landwirtschaftsministerium noch nicht so richtig weiß, welche Vorgaben aus Berlin kommen, wie das Geld verteilt wird; da bin ich ein bisschen weiter weg. Beim Wirtschaftsministerium ist es etwas einfacher, weil es Landesgelder sind, und ich gehe davon aus, dass sie irgendein Prozedere finanzieller oder sonstiger Art finden, mit dem deutlich wird, was die Kommune dazu beiträgt – und sei es, dass sie einen Funkmast zur Verfügung stellt.



Aus meiner Erfahrung sind die größten Probleme, die wir vor Ort haben, dass ein Anbieter, der anbieten will, sich vielleicht noch mit dem Bürgermeister einigt, aber dann der Gemeinderat kommt und es wieder herauscasht.

Nur mal ein Beispiel: Wir haben eine Kommune mit einem schönen Turm, einem Wasserturm, auf dem circa 30 Antennen angebracht sind. Der Bürgermeister hat gesagt, wir machen noch eine drauf – die strahlt ja sowieso nicht; wir haben ja nachgewiesen, dass sie nicht strahlt –, und dann hat der Gemeinderat es wieder herausgekickt, weil – das muss man sich jetzt anhören –: Wenn sie noch eine Antenne draufmachen würden, dann würde die Nachbargemeinde noch davon profitieren, und das ist nicht machbar.

(Heiterkeit)

Das sind übrigens die Probleme mit den Bürgermeistern vor Ort. Das sind die Sachen, die wir wirklich bekämpfen.

Begründet wurde es natürlich nicht damit – das war intern –, sondern sie haben gesagt, diese Strahlung können wir uns nicht zusätzlich leisten. Ein Vierteljahr später ist dort ein Sendemast für Radio errichtet worden – was meinen Sie, wie der strahlt?

Ich hoffe – als IHK sowieso –, dass der Markt die wichtigen Sachen regelt und man sich über den Rest unterhält und dass man es irgendwo hinbekommt.

Eine kleine Anmerkung zu Ihrem Beispiel mit dem Autohändler. Wir haben nämlich einen. Sie können als Unternehmer überall für teures Geld ein Festnetz kaufen. Wir haben einen Autohändler, der in die eine Richtung seine Festnetzleitung hat – dafür zahlt er 1 000 Euro pro Monat – und zu seiner anderen Filiale kann er mit DSL mit 20 oder 30 Euro pro Monat den Anschluss realisieren. Diese 1 000 Euro pro Monat könnte er gut für irgendwelche Arbeitskräfte brauchen; das ist im Grunde herausgeworfenes Geld. Das sind die Sachen, die in der Autobranche eine Rolle spielen.

Vors. Horst Rasch: Eine Nachfrage, Herr Dr. Metz.

Dr. Horst Metz, CDU: Ich will das gern aufnehmen. Sie sprechen von Autohändlern – ich spreche von Autoproduktion. Ich glaube nicht, dass BMW oder Porsche in Leipzig oder VW in Zwickau oder in Dresden – die Gläserne Fabrik – nicht über diese Technologien verfügen. Das will ich nur anmerken.

Vors. Horst Rasch: Meine Damen und Herren, ich sehe keinen weiteren Fragebedarf. Insofern würde ich gern die Gelegenheit nutzen, die Anhörung zu beenden und mich herzlich bei Frau Snelinski und den Herren Sachverständigen zu bedanken, dass sie uns zur Verfügung gestanden haben, auch zu einer umfangreichen Fragerunde. Vielen Dank und gut nach Hause.

(Schluss der Anhörung: 12:59 Uhr)